

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
21. Dezember 1908

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zeitlin (Zunzel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Ein Weihnachtsgeschenk des Marxismus. Von K. Korn. — Die Reichsfinanz-
„Reform“. II. Von H. B. — Der Arbeiterinnenschutz im Plenum des
Reichstags. Von G. — Hygenglauben und Hygienprojekte. Eine kultur-
historische Skizze von Anna Bloss. (Schluß.) — Die deutsch-böhmische
Arbeiterinnenbewegung. Von a. p. — Hoch Schema B. Von m. g.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht des Vereins für
Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Potsdam. — Die Kinderschutz-
kommission der Dresdener Genossinnen. — Politische Rundschau. Von
H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Christliche Arbeiterinnenvereine.
— Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. —
Verschiedenes. — Frauenbewegung.

Ein Weihnachtsgeschenk des Marxismus.*

Wie der gesamte moderne Wissenschaftsbetrieb ist auch die heutige Geschichtswissenschaft, besonders in Deutschland, stark erkenntnistheoretisch interessiert. Jeder zeitgenössische deutsche Historiker, der etwas auf sich hält, fühlt das Bedürfnis, sich irgendwie und irgendwie mit den Prinzipien seiner Disziplin auseinanderzusetzen. In ihren Fachzeitschriften, in den Einleitungskapiteln ihrer Werke spielt die Frage nach der Theorie und Methode ihrer Wissenschaft für die gelehrten Herren eine gewichtige Rolle. Die Monographienliteratur, die solchen allgemeinen Untersuchungen gewidmet ist, ist schier so unübersehbar wie die Fülle der Probleme, von denen die Herren geplagt werden. Ob die Geschichte es mit Einzelvorgängen in der Zeitfolge oder mit Begebenheiten des Geschehens zu tun habe, ob die Persönlichkeiten oder die sogenannten komplexen (zusammengesetzten) Erscheinungen, die Völker und die Kulturen, bei der Betrachtung des historischen Prozesses in den Vordergrund zu stellen seien, ob die politischen Ereignisse oder die kulturellen Zustände den hauptsächlichsten Inhalt der geschichtlichen Darstellung auszumachen haben, ob die Urgeschichte zur Geschichte oder zu den Naturwissenschaften gehöre, wie überhaupt die Geschichte sich zu den Natur- und den sogenannten Geisteswissenschaften verhalte, insbesondere ob sie eine normative, Werte setzende oder lediglich eine beschreibende Disziplin sei, und worin etwa ihre Werte bestünden usw. — über diese theoretischen Anfangsgründe ihres Handwerks zerbrechen sich die Historiker heute, nach dem bekannten „glorreichen Säkulum deutscher Geschichtswissenschaft“, das hinter uns liegt, genau noch so die Köpfe wie vor diesen hundert Jahren. Und wir haben bloß die eine Kategorie von Fragen angeführt, um darzutun, wie sich die bürgerlichen Historiker noch nicht einmal über das Objekt, den Gegenstand ihres Arbeitens, das sie ein Forschen zu nennen belieben, im klaren sind.

Daß sich dieser „Selbstverständigungsprozess“ der bürgerlichen Geschichtswissenschaft vielfach in den Formen endloser

* Karl Kautsky, „Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung.“ Stuttgart 1908. Verlag von J. F. W. Dietz Nachfolger. XVI und 508 Seiten. 5,76 Mk. gebunden.

persönlicher Reibereien ihrer Vertreter untereinander vollzieht, ist bei deutschen Gelehrten nicht weiter auffallend. Aber nicht darin, in dem Übermaß von Polemiken, ist die Langstieligkeit und Fruchtllosigkeit dieser Diskussionen begründet, sondern genau in dem entgegengesetzten Moment, in dem Mangel an Polemik, einer Polemik freilich, die mit den häuslichen Zwistigkeiten der Herrschaften nichts zu schaffen hat, die vielmehr die Brust dem Feinde vor den Toren bietet. Verblüffend nämlich wie ihre Unklarheit in den Prinzipien ist die Einigkeit der Geschichtsprofessoren in der Methode, wobei wir von dem weiteren logischen Wunder absehen, daß man sich über die Methode früher beruhigt als über die Prinzipien, also fröhlich an einem Objekt arbeitet, dessen Gegenständlichkeit einem nichts weniger als ausgemacht ist. Dabei würde die Polemik, die wir vermessen, die ehrliche und sachkundige Auseinandersetzung mit der einzigen Methode großen Stiles, die das erwähnte glorreiche Säkulum hervorgebracht — allerdings abseits der offiziellen Geschichtswissenschaft —, den Herren auch in bezug auf ihre prinzipiellen Bedenken Gewinn bringen. Denn hat man die materialistische Geschichtsauffassung bejaht oder verneint, so sind damit auch alle die prinzipiellen und theoretischen Fragen, von denen wir oben einige angeführt haben, so oder so entschieden, und vor allem hätte die Diskussion, die jetzt in breiter Allgemeinheit sich vollzieht, ein festes logisches Gerüst. Aber von der materialistischen Geschichtsauffassung wollen die Herren nichts wissen, sie ignorieren sie in ihren langatmigen Auseinandersetzungen geflissentlich, sie kennen sie einfach nicht, und wenn sie sie kennen, so ist's noch schlimmer, denn dann zeigen sie nur, daß sie sie nicht verstanden haben.

Bezeichnend in dieser Hinsicht sowohl für das Bedürfnis der Geschichtsforscher nach erkenntnistheoretischer Begründung ihrer Begriffe wie für die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen und die Ursache dieses Mißerfolges ist die jetzt erscheinende Neuaufgabe von Ed. Meyers berühmter „Geschichte des Altertums“. Die allgemeine Einleitung des ersten Bandes der alten Auflage hat sich in der neuen Ausgabe zu einem selbständigen Bande ausgewachsen, der im wesentlichen der Erörterung der Prinzipien gewidmet ist. In diesem ganzen Band wird die materialistische Geschichtsauffassung nicht ein einziges Mal genannt, obwohl die meisten Probleme, mit denen sich Professor Meyer abmüht, im historischen Materialismus, abgesehen von ihrer Lösung, ihre schärfste Formulierung gefunden haben. An verschiedenen Stellen läßt sich zwar Professor Meyer herbei, in ein paar nonchalanten Wendungen, die seine ganze Verachtung dieser Theorie markieren sollen, gegen den Geschichtsmaterialismus zu polemisieren, aber dann offenbart er eine derartige Unwissenheit über die grundlegendsten Sätze dessen, was er bekräftigt, daß man erstaunt fragt, wie ein angesehenen Gelehrter sich solche Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit gestatten kann, ohne seinen wissenschaftlichen Ruf zu riskieren.

Was die materialistische Geschichtsauffassung leisten kann, wie sie, wohin auch immer sie das Blendlicht ihrer Methode einstellt, ganz neue Bahnen aufweist, die geradezu überraschende Orientierungen auf scheinbar längst bekannten Strecken unseres

geschichtlichen Wissens ermöglichen, könnten die künftigen Historiker aus Karl Kautskys soeben erschienenem Werke: „Der Ursprung des Christentums“ erfahren. Auch Kautsky hat seinem Werke ein prinzipielles Vorwort vorausgeschickt. Aber wie anders wirkt dies Zeichen auf uns ein! Die paar Seiten Theorie, die Kautsky seinem Buche mitgibt, wiegen schwerer, als die „Einleitungen“ von einem Schock zünftiger Geschichtsschreiber zusammengenommen, und wir getrauen uns insbesondere jederzeit spielend den Nachweis zu führen, daß sie in zehn Zeilen den ganzen ersten Band E. Meyers in Bezug auf geschichtssphilosophischen Scharfsinn und methodologische Tragweite über den Haufen rennen. Und wie aktuell sind diese Bemerkungen sowohl für das Thema, als auch für die Person des Autors! Für das Thema — denn was anderes hat von jeher Leuten, die Urteilskraft besitzen und die wirken wollen, den ganzen historischen Betrieb und besonders die Beschäftigung mit der alten Geschichte zu einer Quelle der Langeweile, ja des Pessimismus gemacht, als der von den landläufigen Darstellungen unserer historischen „Kapazitäten“ (Berühmtheiten) mit tödlicher Sicherheit erzeugte Eindruck, daß das ganze Getriebe der geschichtlichen Menschheit ein ewiges Tretrad derselben Irrtümer und Dummheiten sei: daß insbesondere mit fatalistischer Notwendigkeit die politischen Einrichtungen aufeinander folgen, sich aufheben und wiedererzeugen, die Monarchien und Aristokratien und Demokratien und Autokratien, und daß, wenn der ganze Kreis durchläuft, die Bewegung wieder von vorne beginnt; daß ferner die gesellschaftlichen Kämpfe unserer Tage bloß einen Abklatsch der Klassenkämpfe des Altertums bedeuten, und daß immer wieder auf Ungleichheit und Unfreiheit Gleichheit und Freiheit, darauf aber ebenso sicher allemal aufs neue Unterdrückung und Knechtschaft folge. Nichts anderes als diese Tretmühle, auf Begriffe gebracht, ist ja in der Regel die ganze „Geschichtssphilosophie“ der Geschichtsprofessoren.

Es ist nun keine neue Entdeckung von Kautsky, aber es ist Kautskys Verdienst, an der richtigen Stelle mit dem größten Nachdruck daran zu erinnern, daß genau das Gegenteil dieser „Philosophie“ richtig ist, daß in der Geschichte nichts sich wiederholt und alles ewig neu ist; daß bloß die ideologische Oberflächlichkeit der offiziellen Darstellungen, die sich an die Formen der Dinge, statt an ihr Wesen klammert, den entgegengesetzten Schein erzeugt; daß aber eine Betrachtungsweise, die den gesellschaftlichen Inhalt jener Einrichtungen und Kämpfe als ihr Wesen erkannt hat, damit auch sofort den grauenhaften Irrtum zerstört, als lehrte immer daselbe wieder.

Wenn man den Wert einer Methode allein an ihren Ergebnissen beurteilen kann, so hat Kautsky in seinem Buche für die Brauchbarkeit, ja die Unentbehrlichkeit und unübersehbare Fruchtbarkeit des Geschichtsmaterialismus eine geradezu erdrückende Fülle neuer Belege erbracht. Auf die Klassenkämpfe im alten Rom fällt zum Beispiel ein ganz überraschendes Licht, wenn man mit Kautsky den grundlegenden Unterschied zwischen der sozialen Struktur des römischen und des modernen Proletariats betrachtet und sich klar wird, daß gemeinhin unter derselben Bezeichnung ganz verschiedene Gesellschaftsschichten zusammengeworfen werden. Das Proletariat des republikanischen und kaiserlichen Roms war in seiner Mehrheit, wie Kautsky nachweist, in sozialer Hinsicht von den besitzenden Klassen bloß quantitativ unterschieden, wenn wir uns so ausdrücken dürfen, es war Lumpenbourgeoisie, während der aus der Produktionsordnung entspringende qualitative, totale Klassen Gegensatz, der allein mit den beiden Polen der modernen Gesellschaft verglichen werden darf, Herr und Sklave hieß. Gewährt so der ökonomische Materialismus einen ganz neuen Einblick in die sozialen Kämpfe des Altertums, so garantiert die begriffliche Klarheit, die diese Methode ihrem Anhänger verschafft, diesen allein die historische Objektivität, deren der Geschichtsforscher bedarf, wenn er uns ein ungeschöntes Bild von den vergangenen Ereignissen entwerfen will. Der materialistische Historiker, der sich bewußt bleibt, daß Vergangenheit und Gegenwart durch den Fortschritt der Technik und die Entwicklung der Produktivkräfte weltweit geschieden sind, daß durch die Verschiedenheit

des wirtschaftlichen Inhalts und der sozialen Ziele die Institutionen und die Klassen seiner Zeit ganz unvergleichbar sind mit den Institutionen und Klassen der Vergangenheit — der materialistische Historiker ist so von vornherein vor dem grundsätzlichen Irrtum geschützt, im vergangenen Sein ein Gleichnis des gegenwärtigen zu sehen, und es wird ihm unmöglich sein, sein wissenschaftliches Urteil durch seine Parteilichkeit in den politischen und sozialen Kämpfen seiner Zeit beeinflussen zu lassen. Er wird weder die Begriffe und die Tendenzen der Gegenwart in die Vergangenheit hineinbringen, noch wird er mit den geschichtlichen Resultaten der Vergangenheit für die Gegenwart etwas beweisen wollen. In der historischen Parallele, die Kautsky zwischen der urchristlichen Bewegung und dem Klassenkampf des modernen Proletariats zieht, hat er Gelegenheit, sowohl persönlich, als Autor, die Wichtigkeit dieses Sages darzutun, als auch, besonders in seinen überzeugenden Darlegungen von der totalen Verschiedenheit des urchristlichen Kommunismus und des modern-sozialistischen Kommunismus, die wissenschaftliche Fruchtbarkeit seines Standpunktes zu erhärten. Danach weiß man ein für allemal, wie man die geistreichelnden Konstruktionen eines Mommsen oder neuerdings wieder Guglielmo Ferreros zu bewerten hat, die antike Verhältnisse im Jargon und in der sozialen und politischen Terminologie des modernen Journalisten darstellen; was dabei herauskommt, sind bestenfalls Utopien nach rückwärts.

Im einzelnen kann auf den reichhaltigen Inhalt des Werkes hier leider nicht eingegangen werden. Kautskys „Ursprung“ ist in der sozialistischen Literatur vielleicht die schwierigste Probe aufs Exempel, der die materialistische Geschichtsauffassung unterworfen wird. Das „Exempel“, an der sich hier die neue Theorie bewähren soll, ist die gewaltigste Ideologie, die die Kulturwelt bisher unterjocht hat: das Christentum. Seine ideologische Herkunft kennt man einigermaßen, seitdem es eine kritische Religionsgeschichte gibt. Daß diese Ideologie ganz wo anders ihren Ursprung nimmt, als in dem Bewußtsein ihrer Träger, läßt sich die Kirchengeschichte natürlich nicht träumen, und so ahnt sie auch noch nicht einmal das entwicklungs-geschichtliche Problem, das dem Kautskyschen Werke zugrunde liegt. Kautsky leistet beides: er stellt die Ideologie auf die Füße, das heißt er zeigt die geschichtliche Wirklichkeit auf, die sie erzeugt hat, und er verfolgt das Werden dieser geschichtlichen Neubildung auf derselben Tatsachenebene, auf die er die Ideologie hingestellt hat, auf dem Boden der sozialen Geschichte. Es ist leicht einzusehen, daß der tatsächliche Entwicklungsprozeß dem ideologischen parallel gehen muß. Wie sich ideologisch das Christentum im großen darbietet als Produkt aus römisch-griechischen und asiatisch-jüdischen Kulturfaktoren, so leitet sich auch die gesellschaftliche Situation, der es seine Entstehung verdankt, aus den zwei großen sozial-geschichtlichen Entwicklungsreihen her, die in den römischen Imperialismus und das Judentum zu Beginn unserer Zeitrechnung einmünden. Die soziale Geschichte Roms und die wirtschaftliche Unterströmung der jüdischen Geschichte bilden folgermaßen die Einleitung zur Darstellung des Urchristentums, wie es Kautsky als geschichtsmaterialistisches Problem auffaßt. Natürlich kann das Werk diese Aufgabe, zu der alle zusammenhängenden Vorarbeiten fehlen, bloß im Abriß leisten, aber die wesentlichen Momente, die eigentlichen Triebkräfte der beiden Entwicklungsreihen sind scharf herausgearbeitet, und das Buch bietet so eine Fülle wertvollster Belehrung, die, zumal dem Arbeiter, auf diesem Gebiete von keiner anderen Seite vermittelt wird. Was weiß beispielsweise die landläufige Geschichtsdarstellung von den wahren Ursachen des Niedergangs der römischen Welt Herrschaft zu erzählen? Der alte Satz des Plinius: „Die Latifundien (der Großgrundbesitz) haben Rom zugrunde gerichtet“ muß immer wieder herhalten, um den Zusammenbruch des Weltreichs zu erklären. Kautsky erst gibt der abgegriffenen Phrase einen Inhalt, indem er durch eine kritische Untersuchung der technischen und persönlichen (Sklaverei) Bedingungen der Latifundienwirtschaft nachweist, weshalb der Großgrundbesitz den römischen Imperialismus sowohl herbei-

führen, als auch, im wörtlichsten Sinne, aushöhlen mußte. — Weitere glänzende Partien des Werkes stellen, wie bereits bemerkt, die Untersuchungen über die Klassegegensätze im alten Rom dar, aber auch die Sittengeschichte des Kaiserreichs, die der ökonomisch-historischen Darstellung folgt und sich auf sie gründet, behandelt den umfassenden Gegenstand auf verhältnismäßig knappem Raume in durchdringender Weise und beweist, daß Kautsky nicht nur ein Meister seines Spezialgebietes ist, sondern auch als Völker- und Gesellschaftspsychologe sein Thema beherrscht.

Man hat Kautsky in unseren Reihen verschiedentlich seine „Neigung zur grauen Theorie“ vorgeworfen. Nun, dieses Buch hebt an mit der Person Jesu, und es schließt mit dem modernen Proletariat. Sein ganzer Inhalt bezieht sich auf Menschen und auf ihr lebendigstes Leben, auf das, was hinter ihren Ideen, hinter ihren Theorien pulsiert. Auch wo Kautsky vom eigentlichen Thema seines Werkes handelt, interessiert ihn die christliche Lehre bloß insofern, als sich aus ihr, besonders aus ihrer Fortbildung und der Tendenz ihrer Fortbildung, Schlüsse ziehen lassen auf die Menschen, die ihre Träger und ihr Publikum sind, auf die christliche Gemeinde in ihrer Entwicklung von der jüdisch-proletarischen Sekte, die ihr die ersten Mitglieder geliefert, zur weltumspannenden Kirche. Natürlich polemisiert Kautsky nicht gegen das Christentum, sondern er sucht es historisch zu begreifen. Das kann aber nur, wer, wie er, fragt: was waren das für Menschen, diese ersten Christen, was war diese Gesellschaft der sterbenden Antike, die sich dem „Erlöser“ in die Arme warf? Welche sozialen Interessen lebten in diesen Menschen?

Nirgends, um auch das noch zu erwähnen, läßt die Darstellung den schweren Ballast an Wissen vermuten, den das Buch mit sich führt. Es ist auch in diesem Werke der Vorzug der Kautskyschen Sprache, daß sie überall ihr Thema, und sei es ein so kompliziertes Problem wie die Erklärung der griechischen Philosophie und der jüdisch-asiatischen Theokratie aus wirtschaftlichen Ursachen, dem Verständnis des Arbeiters wie des wissenschaftlich vorgebildeten gleich nahe bringt. Wenn man in dieser Hinsicht vom „Ursprung des Christentums“ einen neuen Eindruck empfängt, so allein den, daß Kautsky, je länger er schreibt, desto klarer schreibt. Sein jüngstes Werk ist, auch rein literarisch genommen, sein bestes Werk. Wir können daher unseren Leserinnen, die ihren erwachsenen Angehörigen ein Buch auf den Weihnachtstisch legen wollen, nur den dringenden Rat geben, in erster Linie Kautskys „Ursprung“ zu berücksichtigen; das Werk wird für die Beschenkten und ihren Kreis eine Quelle nachhaltigen und wertvollsten Genußes sein. K. Korn.

Die Reichsfinanz-„Reform“.

II.

Die Bier-, Branntwein- und Tabaksteuerprojekte des Reichsfinanzsekretärs stellen unzweifelhaft die dem Proletariat gefährlichsten Teile der Regierungsvorlage dar, denn sie versteuern ihm seine wenigen Genußmittel und bedrohen viele Tausende von Arbeitern mit Arbeitslosigkeit. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die übrigen Steuerpläne Sydows — von der Nachlasssteuer abgesehen — annehmbar wären. Als schädlich und gefährlich müssen auch die Elektrizitäts- und Gassteuer, die Weinsteuer und die Anzeigensteuer bekämpft werden.

Die Elektrizitäts- und Gassteuer ist als Abgabe auf Licht und motorische Kraft gedacht, die einen jährlichen Ertrag von 50 Millionen liefert. Auf die Kilowattstunde Elektrizität und den Kubikmeter Gas ist eine Steuer von 5 Prozent des Abgabepreises vorgeschlagen, doch soll der Höchstsatz pro Kilowattstunde und pro Kubikmeter nicht 0,4 Pf. übersteigen. Außerdem werden die elektrischen Glühbirnen je nach der Größe und nach dem Stromverbrauch mit Abgaben von 5 bis 50 Pf. belegt, die Glühstrümpfe für Gas-, Spiritus- und Petroleumglühlampen mit dem Einheitsatz von 10 Pf.

Die Elektrizitäts- und Gassteuer bedeutet eine erhebliche Verteuerung des Konsums und eine Behinderung der indu-

striellen Entwicklung. Wahrscheinlich wird der Verbraucher nach dem Inkrafttreten des Gesetzes den Kubikmeter Gas um einen halben Pfennig teurer bezahlen müssen, da den Gaswerken und Gasgesellschaften die Rechnung mit dem halben Pfennig bequemer ist als mit 0,4 Pf. Wo Gasautomaten eingeführt sind, trifft solche Verteuerung zum Teil auch Arbeiter. Vor allem aber wird sie den Kleinbürger belasten. Beleuchtet dieser seine Wohnung mit Gas und kocht seine Frau auf Gas, so wird er im Durchschnitt 80 bis 90 Kubikmeter im Monat verbrennen. Das bedeutet pro Jahr eine Steuer von 3,84 bis 4,27 Mk. Die Verteuerung der Glühstrümpfe kommt hinzu und bringt den Posten auf 5 bis 6 Mk. jährlich. Entsprechend höher wird die Steuer den kleinen Ladenbesitzer und den kleinen Handwerker treffen, der nicht nur mehr Beleuchtung bedarf, sondern vielleicht auch noch einen Gasmotor in der Werkstatt benutzte. Für die kleinen Gewerbetreibenden kann eine jährliche Mehrbelastung von 20 bis 25 Mk. herauskommen. Bei allen möglichen Gelegenheiten beteuert die Reichsregierung feierlich, daß ihr die Erhaltung des Mittelstandes, der Kleingewerbetreibenden ganz besonders am Herzen liege. Wie sich diese Beteuerungen mit der Belastung zusammenreimen, die Herr Sydow den Kleingewerbetreibenden zugebracht hat, ist das Geheimnis der Herren an den Bundesratsitzungen.

Diese Frage drängt sich auch bei der Betrachtung der geplanten Elektrizitätsabgabe auf. Denn für den Kleinbetrieb, für den die Dampfmaschine zu teuer und zu schwerfällig ist, ist der Elektromotor die verwendbarste Kraftquelle. Er läßt sich jeden Augenblick einschalten und sofort wieder ausschalten, sobald man seiner bewegenden Kraft nicht mehr bedarf; die Übertragung der Kraft auf die Arbeitsmaschine erfordert nicht die gefährlichen und vielen Raum in Anspruch nehmenden Transmissionen. Der Elektromotor ist deshalb in noch höherem Maße als der Gasmotor die Betriebskraft des kleinen Fabrikanten und vieler Handwerker, die nur vermöge dieses Produktionsmittels sich zurzeit noch gegen die Großindustrie halten können. Gerade aber diese kleinen Abnehmer werden vor allem daran glauben müssen, wenn die Elektrizitätswerke die Steuerbelastung von sich abwälzen wollen. Die großen Abnehmer haben nämlich feste und langfristige Verträge und können eher als die kleinen zu anderer Betriebskraft übergehen. Auch diese Last, die ungefähr gleich groß wie die für die Gaskonsumenten sein dürfte, wird also vornehmlich den Kleinen aufgelegt.

Nach der Regierungsvorlage ist freilich die Belastung der Elektrizitäts- und Gaszeuger so geringfügig, daß diese die Steuer ganz gut ertragen können, ohne sie auf die Konsumenten abzuwälzen. Indes dürfte diese Rechnung nicht stimmen, da viele der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke nicht besonders günstig stehen. Sehen aber die Städte mit gutrentierenden Werken die Preise nicht herauf, so vermindert sich die kommunale Einnahme und der Ausfall muß durch Steuern gedeckt werden. Für die privaten Werke versteht es sich von selbst, daß sie die Steuer nach Möglichkeit abzuwälzen versuchen werden.

Die Begründung der Regierungsvorlage wagt dabei gar noch, die Besteuerung des Gas- und elektrischen Lichtes als eine Forderung ausgleichender Gerechtigkeit hinzustellen. Da auf dem Petroleum, dem Leuchtstoff der kleinen Leute, ein hoher Zoll liegt, so gleiche die Besteuerung des Gas- und elektrischen Lichtes „eine dem sozialen Empfinden widersprechende Unbilligkeit“ aus. Eine famose Begründung! Der Petroleumzoll ist sicher eine höchst ungerechte Besteuerung der Armut. Aber sie wird nicht erträglicher, wenn auch der Kleinbürger und der Besizende für ihre Beleuchtung steuern müssen. Schon deshalb nicht, weil die Besizenden diese Besteuerung durchaus nicht in demselben Maße empfinden wie die Nichtbesizenden und viel weniger hart davon betroffen werden. Außerdem aber wiegt für den Arbeiter der mittelbare Nachteil viel schwerer, der ihm aus der neuen Steuer droht. Der besteht darin, daß nicht nur die Entwicklung der Elektrizitätsindustrie verlangsamt und erschwert wird, sondern auch die zahlreicher anderer Industrien, die auf die Elektrizität angewiesen sind, wie die elektrotechnische Industrie und andere mehr. Solche Entwicklungshemmung und

Verlangsamung bedeutet für die Arbeiterklasse allemal Entgang und Verminderung von Arbeitsgelegenheit, Erschwerung ihres Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Betrieb der Eisenbahnen durch Elektrizität, die Nutzung der billigen Wasserkraft, die gerade in jenen Teilen Deutschlands, wo die Kohle fehlt, die Aussicht auf eine große Industrieentwicklung eröffnet; das Eindringen der Elektrizität als Betriebskraft in die Landwirtschaft: alles das wird durch die Besteuerung gehemmt und verzögert. So wird rückständigen Betriebsformen künstlich die Lebenszeit verlängert, was den Interessen des Proletariats aufs schärfste widerspricht, dessen Ziel auf dem Wege der wirtschaftlichen Entwicklung liegt.

Die Weinsteuern sind eine starke Bedrohung des Winzerstandes, der schwer um seine Existenz ringt. Die Steuer wird einen Konsumrückgang mit sich bringen, da auch die billigen Sorten Wein besteuert werden sollen. Besteuert wird der auf Flaschen gefüllte Wein. Jede Flasche, einerlei ob eine ganze oder halbe, einerlei, welches der Preis, hat 5 Pf. Steuer zu tragen; ist der Preis höher als eine Mark, so wird ein Zuschlag erhoben, der von 10 Pf. bis 3 Mk. steigt. Dieser höchste Satz tritt beim Preise von 20 Mk. ein. Das sieht wieder nach „ausgleichender Gerechtigkeit“ aus, in Wirklichkeit aber wird der billigere Wein prozentual stärker getroffen als der teure. Kostet zum Beispiel eine halbe Flasche 40 Pf., so macht die Abgabe von 5 Pf. 12½ Prozent des Preises aus, während die Steuer auf eine Flasche im Preise von 10 Mk. 105 Pf. beträgt oder nur 10½ Prozent des Preises. Da zudem viel mehr billiger als teurer Wein getrunken wird, so kommt die Sache schließlich auch hier darauf hinaus, daß fast die Hälfte des Steuerertrags von den wenig bemittelten Weinkonsumenten aufgebracht werden muß, die Weine trinken, deren Preis pro Flasche unter 1 Mk. bleibt.

Die Anzeigensteuer ist eine Belastung und Belästigung der Presse, die in schärfstem Widerspruch zu der gesunden Bestimmung des Pressegesetzes von 1874 tritt, wonach eine besondere Besteuerung der Presse und der einzelnen Presseerzeugnisse nicht stattfinden soll. Weshalb diese Vorschrift erlassen wurde, ist dem Reichschatzsekretär ganz unerfindlich, wie er in der Begründung seines Steuerprojekts sagt. Sein und seiner Geheime Räte Scharfsinn hat nicht zu der Erkenntnis gelangt, daß diese Bestimmung Hindernisse für die Verbreitung der Presse verhüten sollte. Aus diesem Gesichtspunkt ist die Steuer vornehmlich zu bekämpfen. Denn nur den größeren Blättern wird es gelingen, die Steuer auf die Inserenten abzuwälzen, die kleineren werden sie selbst tragen müssen. Da aber die Inserateneinnahme oft das finanzielle Rückgrat der Zeitungen darstellt, so bedeutet die Inseratensteuer einfach eine Existenzerschwerung für die kleinen Blätter. Die Arbeiterklasse hat ganz besonderen Anlaß, diese Steuer zu bekämpfen, denn sie hat den hohen Wert der Presse als Waffe im Klassenkampf erkannt und sich unter vielen Opfern eine Presse geschaffen, deren weitere Ausgestaltung und Vermehrung eine dringende Notwendigkeit ist. Wenn der Herr Staatssekretär glaubt, die Proletarier zu tödern, indem er die Arbeitsangebotsanzeigen steuerfrei lassen will, sofern sie fünf Zeilen nicht überschreiten, so wird er sich irren. Er irrt auch noch in manch anderem Punkte. So in der Meinung, daß die Steuer nicht erheblich genug sei, um eine Abnahme der Inserate herbeizuführen. Die Abgabe beginnt bei den Blättern bis 5000 Stück Auflage mit 2 Prozent von der Einrückungsgebühr und steigt bis zu 10 Prozent bei Blättern über 100 000 Stück Auflage. Bei Zeitungen, die wöchentlich nur einmal oder noch seltener erscheinen, sind ausnahmslos 10 Prozent des Inseratenbetrags zu entrichten, für Sonderbeilagen 20 Prozent. Zur Inseratensteuer kommt noch eine Steuer auf Plakate. Alles zusammen genommen soll dem Reichssäckel rund 34 Millionen einbringen. Auf eine Anzeige von zehn Zeilen kann je nach der Auflage des Blattes und der Höhe seines Zeilenpreises eine Steuer von 0,4 Pf. bis 1 Mk. und mehr entfallen. Bei größeren Geschäftsanzeigen in größeren Blättern kommen also schon ganz erhebliche Beträge heraus, und davon werden die kleineren Geschäftsleute natürlich viel härter als die größeren getroffen.

Das will wiederum sehr schlecht zu der vielberühmten Mittelstandsfreundlichkeit der Regierung passen. Die nur einmal wöchentlich oder seltener erscheinenden Blätter, von deren Anzeigen stets 10 Prozent gezahlt werden müßten, sind zum großen Teil Fachorgane, in denen namentlich kleinere Fabrikanten und Händler inserieren, denen der direkte Vertrieb von Zirkularen oder das Ausfinden von Reisenden zu teuer wird. Ihnen würde also der Konkurrenzkampf gegen die Großunternehmer erschwert werden. Die Plakatsteuer würde auch die Arbeiterklasse direkt treffen, da die Gewerkschaften, Hilfsklassen usw. für alle ihre Plakate Steuer zu zahlen hätten. Sie müßte aber durch diese Steuer auch indirekt geschädigt werden, wie die Klage einer Fabrik von Blechplakaten im „Berliner Tageblatt“ zeigt, bei der jetzt im Hinblick auf das Steuerprojekt die Aufträge ausbleiben.

Ungerechtigkeit, Unzweckmäßigkeit und Schädlichkeit, so zeigt uns dieser Überblick, das ist das Charakteristikum der Steuern, die das Reichsfinanzreformprojekt zusammenstellt. Die einzige Ausnahme, die Nachlasssteuer, hat die Mehrheit der bürgerlichen Parteien gegen sich: die Konservativen, die Nationalliberalen, das Zentrum und die Antisemiten. Freilich sind auch manche der anderen Projekte des Reichschatzsekretärs in der ersten Lesung von wechselnden Mehrheiten abgelehnt worden. Aber erstens ist bis zur dritten Lesung noch viel Zeit zum Umfallen, und zweitens richten sich die Bedenken der opponierenden bürgerlichen Parteien zum großen Teil nicht gegen die vorgeschlagenen Steuern an sich, sondern gegen ihre Form. So ist zum Beispiel die Mehrheit gegen die Zigarrenbanderolsteuer, für eine höhere Besteuerung des Tabaks in anderer Form sind aber so ziemlich alle bürgerlichen Parteien. Die von ihnen vorgeschlagenen Erbschaftsteuern bleiben überhaupt an Ungerechtigkeit und Schädlichkeit hinter den Regierungsplänen nicht um einen Fuß breit zurück. Das tollste dieser Projekte ist die von den Konservativen, dem Zentrum und den Antisemiten geforderte Steuer auf alkoholfreie Getränke. Es entspringt der Sorge um die Schnapsrente der Junker und schlägt direkt allen schönen Lebensarten ins Gesicht, daß die Bekämpfung des Alkoholismus eine Notwendigkeit sei.

All dies Suchen nach neuen Steuern wäre unnötig, wenn die Bestehenden zahlen wollten; wenn nach der Forderung der Sozialdemokratie direkte Reichssteuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften gelegt würden. Aber in der Ablehnung der Forderung, daß der ganze Bedarf des Reiches auf diese Weise aufgebracht werde, sind alle bürgerlichen Parteien einig. Und ebenso einig in dem Bestreben, den größeren Teil der halben Milliarde auf die Schultern der großen arbeitenden Masse, der Proletarier und der Kleinbürger abzuladen. Entschuldigend führen sie an, daß sie ja „nur“ Genussmittel besteuern wollen, die niemand zu verzehren genötigt sei. Die notwendigen Lebensmittel sind bekanntlich durchweg schon mit hohen Zöllen und Steuern belegt! Die Behauptung von der Entbehrlichkeit der Genussmittel aber ist in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit ihrem nervenzerrüttenden Kampf ums Dasein nur eine schöne Lüge. Einzelne starke oder besonders asketisch veranlagte Naturen vermögen ihrer gänzlich zu entzagen, die Masse der Durchschnittsmenschen bedarf dagegen schon großer Selbstzucht, um sich des schädlichen übermäßigen Genusses zu enthalten. Außerdem aber hat das Proletariat mit aller Entschiedenheit die grundverkehrte, ja schädliche Anschauung zurückzuweisen, die in der Behauptung von der Entbehrlichkeit der Genussmittel steckt. Es ist das die Anschauung der Bourgeoisie, daß der Arbeiter vollaus zufrieden sein müsse, wenn er nur das zum Leben unbedingt Notwendige hat, daß er keinen Anspruch auf Genüsse erheben dürfe, die darüber hinausgehen. Soweit ihr der Daseins- und der Klassenkampf Zeit und Mittel läßt, arbeitet die Vorhut des Proletariats seit langem daran, ihrer Klasse geistige Genüsse zu erschließen, die den groben materiellen entgegenwirken und sie zum Teil entbehrlich machen können. Aber all diese Arbeit kommt immer nur den oberen Schichten des Proletariats zugute, und gerade die Armsten der Armen sind durch diese Bestrebungen nicht zu

erreichen. Daß den mit harter Arbeit Belasteten die bescheidenen Genüsse, die ihnen geistige Getränke und Tabak gewähren können, noch mehr verteuert werden, als sie es ohnehin schon sind, das ist das erbitternd Ungerechte der Sydowschen Steuern.

Um diese Ungerechtigkeit zu verdecken, kommen die Offiziösen jetzt wieder mit den bekannten statistischen Aufstellungen, wonach in England und Frankreich der Bürger mit mehr indirekten Steuern belastet ist als in Deutschland. Die Schlußfolgerung wird indes nur auf Kosten der Wahrheit erzielt, indem die Rechenmeister den größeren Wohlstand, das höhere Einkommen in jenen Ländern außer Betracht lassen und Steuern, wie die dort sehr ausgebildete, hohe Beträge abwerfende Erbschaftsteuer zu den indirekten zählen. Stellt man all die Fehlerquellen richtig, so ergibt sich, daß in Deutschland die Belastung der Bürger durch indirekte Steuern höher ist als in England, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Frankreich, daß sie an Höhe erst von der in Rußland übertroffen wird. In der „Neuen Zeit“ hat Genosse Rothstein vor kurzem dargelegt, daß der englische Arbeiter bei kürzerer Arbeitszeit erheblich mehr verdient, nämlich 100 gegen 83 Mark, als der deutsche Arbeiter bei längerer Arbeitszeit, und daß der englische Arbeiter für seine Lebensbedürfnisse nur 100 Mark auszugeben braucht, wenn der deutsche, dank der Bölle und indirekten Steuern, 119 Mark ausgeben muß.

So stehen die Dinge für den deutschen Arbeiter schon bei den jetzigen Steuern, und nun sollen sie noch schlimmer werden! Dagegen müssen sich die Massen durch energischen Protest wehren.

H. B.

Der Arbeiterinnenschutz im Plenum des Reichstags.

gh. Die zweite und dritte Beratung der „Bestimmungen über die Regelung der gewerblichen Frauenarbeit und die Abgrenzung des Geltungsbereichs der §§ 133 g bis 139 a“ der Gewerbeordnung hat vier Sitzungen des Reichstags in Anspruch genommen. Naturgemäß hatten die Parteien nur noch besonders wichtige Anträge zur Änderung der Kommissionsbeschlüsse eingebracht. Das Ergebnis der zweiten und dritten Beratung ist bezeichnend für den Kurs, den die Sozialpolitik des Deutschen Reichs steuert. Die Vorlage nach den Beschlüssen der Kommission ist leider in keinem einzigen Punkte verbessert, dagegen in mehreren Punkten verschlechtert worden. Die Debatte darüber ist so lehrreich, daß wir es für unsere Pflicht halten, sie in ihren wesentlichen Punkten in möglichst übersichtlicher Weise zusammenzufassen.

Zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über den Arbeiterinnenschutz kam es bei der Beratung des sozialdemokratischen Antrages, der den Maximalarbeitsstag der Fabrikarbeiterinnen auf neun Stunden täglich und vom 1. Januar 1912 ab auf acht Stunden täglich festsetzen sollte. Die Vorlage beschränkte sich bekanntlich darauf, vom 1. Januar 1910 ab die Maximalarbeitszeit von elf auf zehn Stunden täglich herabzusetzen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt (Berlin) wies eingehend nach, daß das, was der Antrag forderte, sowohl im Interesse der Arbeiterinnen dringend notwendig ist als auch ohne Schwierigkeit durchgeführt werden kann. Darauf antwortete zunächst der Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer. Er erklärte von vornherein der Meinung zu sein, „daß nicht im entferntesten an eine Verwirklichung des sozialdemokratischen Gedankens im Augenblick gedacht werden kann“. Dasselbe Verslein sagte der antisemitische Abgeordnete Schack her: Er könne sich nicht denken, daß die Sozialdemokraten der Ansicht seien, hier im Plenum würde eine Mehrheit für den Antrag vorhanden sein. Daher sei ihre Forderung ein „Reklameantrag“. Dem Herrn fehlt jedes Verständnis dafür, daß es die Pflicht eines wirklichen Arbeitervertreters ist, unter allen Umständen für die berechtigten Forderungen der aufklärten Arbeiterklasse einzutreten. Und das um so kräftiger, als die bürgerliche Mehrheit des Reichstags auch diesmal wieder ein

ganz ungenügendes Entgegenkommen an die Interessen der Arbeiter beweist.

Allerdings wollte der Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer den Beweis erbringen, daß die Herabsetzung des gesetzlich festgelegten Maximalarbeitstages auf neun und später auf acht Stunden nicht durchführbar sei. „Der Hinweis auf die internationale Konkurrenz, mit der unsere deutsche Industrie in einem schweren Kampfe liegt, ist“, so behauptete Herr Dr. Fleischer, „doch nicht von der Hand zu weisen.“ Es gäbe leider Gottes noch sozialpolitisch rückständige Staaten, in denen die Fabrikarbeiterinnen bis zu dreizehn Stunden arbeiten. „Soweit nun die Leistungsfähigkeit der Industrie nicht von persönlicher Geschicklichkeit, nicht von Intelligenz, persönlicher Tüchtigkeit und der Arbeitskraft der Arbeiter abhängig ist, soweit es Industrien gibt, die bei ihrer Produktion hauptsächlich von der maschinellen Leistung abhängen, so weit, glaube ich, gibt es doch mit Rücksicht auf die internationale sozialpolitische Lage noch erhebliche Bedenken, die uns zum mindesten dazu veranlassen sollten, daß wir zunächst in Erhebungen darüber eintreten, wie denn die augenblickliche Lage innerhalb unserer Industrie mit Rücksicht auf den Weltmarkt beschaffen ist, um dann auf Grund dieser tatsächlichen Erhebungen auch einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit näherzutreten zu können.“

Daß in Wahrheit die Konkurrenz sozialpolitisch rückständiger Staaten kein stichhaltiger Grund gegen einen wirksamen Arbeiterschutzes ist, das hatte bereits der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt (Berlin) vorher bei Begründung des sozialdemokratischen Antrags nachgewiesen mit den Worten: „Wir haben in der Schweiz schon seit dem Jahre 1877 allgemein in der Industrie den elfstündigen Arbeitstag und in der Baumwollspinnerei bereits seit 1872 den elfstündigen Arbeitstag. Vor allem aber ist England zu nennen, das schon im Jahre 1847 für die Textilindustrie den Zehnstundentag einführt und hier eine Industrie traf, die in Deutschland eine möglichst lange Arbeitszeit beansprucht oder doch glaubt, daß sie unter den gegenwärtigen Bestimmungen schon außerordentlich benachteiligt wäre. Wir haben weiterhin in England eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Textilindustrie zu verzeichnen, die auf 55 Stunden pro Woche ausgeht und die Freigabe des Sonnabendnachmittags bereits in dieser Industrie einführt. . . Ich darf darauf hinweisen, daß in Frankreich seit 1904 für Fabriken der Zehnstundentag durch die Gesetzgebung eingeführt ist, und 1910 soll im besonderen für die Bergarbeiter bis zum Achtsundentag herabgegangen werden.“ Diese Verkürzungen der Arbeitszeit sind durchgeführt worden — selbstverständlich mit Ausnahme der an letzter Stelle angeführten — trotz der Konkurrenz sozialpolitisch rückständiger Staaten. Dennoch hat die Verkürzung der Arbeitszeit der einheimischen Industrie nicht geschadet, ist aber dem arbeitenden Volke zum Segen geworden. Die Konkurrenzfähigkeit in der Industrie wird, so fuhr der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt (Berlin) in seiner Rede fort, „weniger durch eine lange Arbeitszeit als vielmehr durch eine hohe technische Entwicklung bedingt. . . Die Arbeiterinnen werden durch eine verkürzte Arbeitszeit an geistiger Frische und Regsamkeit gewinnen. . . Es ergibt sich auch, daß bei der außerordentlich großen technischen Entwicklung, die wir heute in der Industrie zu verzeichnen haben, nicht mehr eine mechanische Betätigung an einer Maschine dem Arbeiter oder der Arbeiterin zugewiesen wird. Wir müssen heute schon bei unseren komplizierten Maschinen in einer ganzen Reihe von Industrien intelligente, befähigte und vor allen Dingen auch im Betrieb angelehrte Arbeiter zur Verfügung haben. Es wird selbst in Industrien, die nur einfache Handverrichtungen an der Maschine von der Arbeiterin oder von dem Arbeiter verlangen, doch eine gewisse Qualifikation der Arbeiterin oder des Arbeiters verlangt. . . Einen intelligenten Arbeiterstand wird sich die deutsche Industrie nur erziehen können, wenn sie auch der Arbeiterschaft die nötige freie Zeit zur allgemeinen Bildung und dem Nachgehen theoretischer Schulung läßt. Es kann nicht bei langer Arbeitszeit, bei schwerer Arbeit, die den Körper ermüdet, die Arbeiterin die Intelligenz, die nötige Regsamkeit

und Leistungsfähigkeit entwickeln, die bei kompliziertem Arbeitsprozeß notwendig ist. Es ist darauf hingewiesen worden, daß beispielsweise auch in der Weberei die außerordentlich komplizierten Maschinen schnelles Zugreifen, schnelle Übersicht des ganzen Arbeitsprozesses erfordern, und daß, je mehr die Arbeiterin ermüdet ist, desto langsamer irgendwelche Störungen am Webstuhl beseitigt werden und längere Pausen eintreten als bei einer Arbeiterin, die schnell übersieht, die die geistige Frische und vor allem auch die nötige Intelligenz hat, um den Arbeitsprozeß zu überblicken. Die Verkürzung der Arbeitszeit wird für die Arbeiterin die körperliche und geistige Gesundheit herbeiführen.“

Diesen überzeugenden Darlegungen des sozialdemokratischen Redners, die sich besonders auf die Erfahrungen in England stützen, trat der Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer in dem weiteren Verlauf seiner Rede entgegen. Er behauptete, daß England in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in ganz anderer Weise auf dem Weltmarkt dastand als gegenwärtig unser Deutsches Reich. England habe damals „nahezu“ keine Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu fürchten gehabt. — Darauf bekam er von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Stadthagen die Antwort: „Herr Kollege Fleischer: So viele Behauptungen, so viele Unrichtigkeiten! England hatte damals in ausgedehntem Maße mit dem Wettbewerb zu kämpfen. Es haben damals . . . bei allen Parlamentsakten gerade die Herren Fabrikanten in der allerlebhaftesten Weise, genau wie heute in Deutschland, darüber geklagt, daß ihr letztes Stündlein geschlagen, daß sie am letzten Rande angekommen seien, sobald ein solches Arbeiterschutzgesetz gemacht werde, wie es vorgeschlagen wurde. — Sie, Herr Dr. Fleischer, haben dargelegt, daß kein Wettbewerb bestand; er bestand aber in der Tat. . . . Ich darf erinnern an das erste Arbeiterschutzgesetz in England im Jahre 1833, das sich auf Baumwolle, Wolle, Flach und Seidenfabrikate bezog, Artikel, in denen damals sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland die lebhafteste Konkurrenz England gegenüber gemacht wurde. Alle die Ausführungen, Herr Kollege Fleischer, die Sie gemacht haben, sind bereits vor 70 Jahren widerlegt worden.“ — Der sozialdemokratische Abgeordnete Mollenbuhr machte auf einen weiteren wichtigen Umstand aufmerksam. Er erklärte: Wir können noch weiter gehen als England. Denn als England zum Arbeiterschutz überging, ging es gleichzeitig auch zum Freihandel über, und trotzdem hat es die Konkurrenz ausgehalten. Bei uns dagegen haben wir zum Schaden des arbeitenden Volkes einen hohen Schutz Zoll gegen die Konkurrenz des Auslandes.

Freilich hatte es der nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann beklagt, daß die Textilindustrie Deutschlands nicht auf derselben Höhe stehe wie die Textilindustrie Englands. Er „habe erst heute in dem Buche eines englischen Industriellen, der an einer unrichtigen Darstellung gar kein Interesse hätte, gelesen, daß in England auf 1000 Spindeln 2,9 Arbeiter kommen, in Deutschland aber kommen darauf 5 bis 7 Arbeiter. Wie man dieser technischen Überlegenheit Englands, die auf einer jahrzehntelangen Tradition gerade auf diesem Gebiet beruht — gerade auf diesem Gebiet schreitet das sonst stagnierende England immer weiter fort —, entgegenzutreten soll, das wird auch der Herr Abgeordnete Schmidt-Berlin den zunächst betroffenen Industriellen nicht derartig klarzumachen verstehen, daß sie sich nun sofort seinen Forderungen anschließen.“

Die Schuld an dem ablehnenden Verhalten fällt aber nicht auf die Sozialdemokraten. Denn auch auf den erhobenen Einwand konnte der sozialdemokratische Abgeordnete Mollenbuhr die nötige Antwort geben. Er bezeichnete es als eine Schwäche von Deutschlands Spinnereien, daß das Streben dahin geht, möglichst billige Arbeiter zu haben. „Da holt man slawische Arbeiter, da holt man italienische, holt sie überall her, wo man billige Arbeiter haben kann, und gerade die, die für einen niedrigen Lohn arbeiten, die an niedrige Lebenshaltung gewöhnt sind, werden körperlich und geistig gegenüber

besser gelohnten Arbeitern zurückbleiben. Und darin, weit unsere Fabrikanten sich auf schlecht gelohnte Arbeiter stützen, liegt ihre Schwäche gegenüber den englischen Fabrikanten. . . . Nun behaupte ich: jede Ausdehnung des Arbeiterschutzes fördert die technische Entwicklung. Und wie gerade die Entwicklung auch bei uns vorwärts schreitet, das können wir an bestimmten Zahlen nachweisen, wenn wir einmal die Zahlen aus den Berufszählungen von 1882 und 1895 nebeneinander stellen. In der Zwischenzeit wurde bei uns der Elfstundentag eingeführt. . . . Im Jahre 1882 hatte Deutschland einen Baumwollverbrauch von 138000 Tonnen, und damals hatten wir 53600 Arbeiter in Baumwollspinnereien beschäftigt. Im Jahre 1895 war der Baumwollverbrauch von 138000 auf 267000 Tonnen, also um 93 Prozent gestiegen, während die Arbeiterzahl nur von 53638 auf 69834, also um 32 Prozent gestiegen war. Die Leistungen des einzelnen Arbeiters müssen also in der Zwischenzeit um 50 Prozent gestiegen sein.“

Was helfen aber alle guten Gründe! Einzig und allein die Polen erklärten durch den Abgeordneten Kulerski, daß sie für den Antrag der Sozialdemokraten stimmen werden. Alle anderen bürgerlichen Parteien folgten dem Beispiel des konservativen Abgeordneten Henning, der ihnen den guten Rat gab: „Wir müssen überhaupt an dem Standpunkt festhalten, daß wir bei der Schwierigkeit der Materie gefeggeberisch lieber etwas zu wenig als zu viel tun.“ Natürlich: es handelt sich ja hier nur um die körperliche und geistige Gesundheit unserer Arbeiterschaft. Wenn aber die Herren ihre Profite aus dem arbeitenden Volke heraus schlagen wollen, dann machen sie — wir erinnern nur an den Zollwucher — lieber viel zu viel als zu wenig. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstags stimmte den Antrag der Sozialdemokraten nieder: dabei waren die Konservativen, das Zentrum, die Antisemiten, die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Volkspartei. Für den Antrag der Sozialdemokraten stimmten nur die Sozialdemokraten und die Polen.

Hexenglauben und Hexenprozesse.

Eine kulturhistorische Skizze von Anna Bloß.

(Schluß.)

Der erste, der den Mut hatte, offen und mit aller Entschiedenheit gegen die Hexenverfolgungen und die Anwendung der Folter zur Erpressung von Geständnissen aufzutreten, war ein Katholik namens Johann Weyer. Dieser unerschrockene Mann war Leibarzt des Herzogs von Cleve um das Jahr 1563. Zwar hatte auch Weyer sich über die Begriffe seiner Zeit hinsichtlich der Macht des Teufels nicht ganz erhoben, aber sein Verdienst ist es, daß er die Vorstellung von der sichtbaren Erscheinung des Teufels und seinen persönlichen Verkehr mit den Menschen bekämpfte und vieles aus natürlichen Gründen erklärte, was man bis dahin als Teufelswerk ansah. Auch Weyer glaubte an Hexen; er erwog allen Ernstes die Frage, ob er die Weiber den vernünftigen oder unvernünftigen Geschöpfen berechnen solle. Aber, so meinte er, gerade ihrer Schwachheit und Unvernunft wegen müsse man Mitleiden mit den Hexen haben, dürfe man sie nicht so grausam verfolgen und verbrennen, sondern solle suchen, sie durch christliche Unterweisung von ihrer Verblendung zu befreien. Fast alle Abel würden fälschlicherweise auf Hexerei zurückgeführt. Aus dem protestantischen Oberdeutschland gab er dafür ein Beispiel: „Als in den letzten Jahren ein Ungewitter weit und breit Reben und Saaten verwüstete, haben die Obrigkeiten in denjenigen Teilen des Reiches, wo, wie man glaubt, die Stimme des Evangeliums heller erklingt, darin nicht die Hand des prüfenden oder strafenden Gottes erkannt, sondern sie haben dasselbe einer Anzahl aberwitziger unbefinnlicher Weiber zur Last gelegt, haben diese in schmutzige Kerker geworfen und dieselben, nachdem sie unter schrecklichen Folterqualen zu dem Bekenntnis des von ihnen angerichteten Sturmes und Unheils genötigt worden, feierlich dem Vulkan geopfert. Da hätte es doch den Dienern göttlichen Wortes, welche der Meinung seien, im Lichte der Wahrheit zu wandeln,

und von welchen man annimmt, daß sie sich unermüßlich dem Studium einer reineren Theologie gewidmet hätten, wohl gebührt, die Obrigkeiten und den unverständigen gemeinen Mann eines Besseren zu belehren. Das bloße Geständnis schwach-sinniger Weiber, auf der Folter ausgepreßt, reichte doch keineswegs aus zu einer Verurteilung derselben.“

Weyers Buch gegen den Hexenunfug machte ungemeines Aufsehen, aber seine wohlthätigen Wirkungen waren freilich nur von sehr kurzer Dauer. Das mutige Vorgehen des Arztes, der sein eigenes Leben aufs Spiel setzte, fand viele Bewunderer und Nachahmer, jedoch noch mehr Gegner. Kaum hatten sie sich von der ersten Überraschung erholt, so eröffneten Gesetzgeber, Richter und Gelehrte von den vier akademischen Fakultäten gegen Weyer einen dreißigjährigen Krieg, an dessen Ende das von dem tapferen Manne verteidigte Gebiet der Vernunft ein erobertes Land war, in welchem die Barbarei noch ein volles Jahrhundert hindurch ihr blutiges Panier aufpflanzte. Weyers Werke kamen auf den Index, das heißt sie wurden den Büchern zugerechnet, deren Lesen die katholische Kirche verbietet. Er konnte von Glück sagen, daß ihn keine härtere Strafe traf. Ein holländischer Geistlicher namens Voos, der ebenfalls im Sinne Weyers für die Hexen eintrat, wurde mit harter Kerkerstrafe gezwungen, seine Angriffe auf die Hexenverfolger zurückzunehmen und zu widerrufen.

Gleichsam auf Weyers Schultern stand nicht ganz hundert Jahre später der Jesuit Friedrich v. Spee, der Dichter der „*Trug-Nachtigall*“. Im Auftrag seines Ordens ging er 1627 nach Franken, wo er die Obliegenheit hatte, die zum Tode verurteilten Hexen auf dem letzten Gang zu begleiten. Aus den tieferschütternden Erkenntnissen dieser Amtspflicht, die sein Haar ergrauen machten, erwuchs seine Schrift gegen den Hexenwahn, worin er den Obrigkeiten vorhielt, „daß die unter Berufung auf Gott, auf Recht und Gerechtigkeit verübte Justiz die große Lehrmeisterin aller Grausamkeiten und Scheußlichkeiten sei, mit welchen das entmenschte Soldatenvolk den deutschen Boden schändete“. Spees Auftreten blieb nicht ohne Wirkung. Ein katholischer geistlicher Fürst, der Erzbischof Johann Philipp v. Schönborn, war der erste, der 1632 in seinem Lande die Hexenprozesse abstellte.

Einer der heftigsten Gegner Weyers in Deutschland war der berühmte Dichter Johann Fischart, „ehrenerfester und hochgelehrter Doktor beider Rechte“ zu Straßburg. Er war ein Anhänger Calvins, und die deutsche Literatur rechnet ihn zu den größten Schriftstellern seiner Zeit. Er zeichnete sich namentlich durch republikanische Gesinnung aus, aber er war immerlich nicht frei und durchgebildet genug, um der trostlosen geistigen Krankheitserscheinung der damaligen Zeit, dem Teufels- und Hexenglauben, Herr zu werden. Er übersehte das Werk von Weyers Gegner, dem französischen Juristen Bodin, in dem dieser die Verfolgung und Verbrennung der Hexen mit einer Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit empfahl, wie nur wenige Schriftsteller des sechzehnten Jahrhunderts. Fischart wurde durch den Straßburger Buchhändler Lazarus Hehner die Neuherausgabe des früher erwähnten „Hexenhammers“ übertragen. In der Vorrede sagt er, „das Buch solle vorzugsweise den Richtern und Obrigkeiten bei Bestrafung der Hexen dienen: nur zum allgemeinen Nutzen sei es herausgegeben und werde allen wahren Vaterlandsfreunden willkommen sein“. Dieser neue „Hexenhammer“ verschärfte noch die Beschuldigungen und Strafen des ursprünglichen Buches gegen die Hexen.

Weyer erlebte es noch, daß die Verfolgungen, die durch seinen Einfluß kurze Zeit geruht hatten, bald wieder in erschreckender Weise zunahmen. Seine Gegner sorgten durch Predigten und Schriften dafür, daß der Hexenglauben im Volk immer neue Nahrung fand. Von Würzburg ist noch eine Liste vorhanden, in der die von 1627 bis 1629 mit dem Schwert gerichteten und nachher verbrannten „Hexenleut“ aufgezählt werden. Darunter sind genannt: Ein fremd Mägdlein von zwölf Jahren; des Herrn Domprobst Vogt ein klein Mägdlein von neun oder zehn Jahren; ein geringeres; ihr Schwesterlein; Knaben von zehn, elf und zwölf Jahren; das Gößel

Babelin, die schönste Jungfrau in Würzburg; ein blind Mägdlein; zahlreiche andere Personen jedes Alters und Geschlechts, oft gänzlich Unbekannte, oft vornehmer Herkunft. Auch ein Verwandter des Bischofs, ein Page namens Ernst v. Ehrenberg, fiel unter dem Beil des Henkers, und es geschah sogar, daß auch der Bischof von Angeklagten als Mitschuldiger bezeichnet wurde. Da erst ließen in Würzburg die furchtbaren Prozesse nach. Aus Offenburg wird berichtet, daß dort in vier Jahren sechzig Personen hingerichtet wurden. Aus dem kleinen Städtchen Coesfeld liegt der Bericht des Scharfrichters vor, der genau notierte, wieviel er bei jeder Hinrichtung einnahm. Ein berühmter deutscher Jurist, der Professor und kursächsische Geheimrat Carpzow in Leipzig, hat bei zwanzigtausend Todesurteilen, meist in Hexenprozessen, mitgewirkt. Dabei rühmte er sich, die Bibel dreiundfünfzigmal ganz durchgelesen zu haben.

Der letzte entscheidende Kampf gegen die Hexenprozesse war einem Manne vorbehalten, der mit einem durchdringenden Verstand und einer aufs Praktische gerichteten philosophischen Bildung ein für alles Gute offenes Herz und einen unerschütterlichen Mut verband. Christian Thomasius' Verdienst ist es, daß, wie Friedrich II. sagte, „die Weiber in Sicherheit alt werden konnten“. Thomasius wurde 1655 zu Leipzig geboren und wirkte später an der Universität Halle als Professor der Philosophie. Bei einem Hexenprozeß hatte er selbst als Referent noch die Folterung der Angeklagten gefordert. Er wurde aber überstimmt, und dies gab ihm den ersten Anstoß zu einer tieferen Prüfung des ganzen Gegenstandes. Sobald er die Nichtigkeit und Grausamkeit des Verfahrens gegen unschuldige Menschen eingesehen hatte, nahm er den Kampf mit den Hexenverfolgern auf. Mit heftiger Schärfe rügte er den blinden Autoritätsglauben der Juristen und Theologen und kritisierte den Aberglauben, der durch sie in die Menge getragen würde. Auch gegen Thomasius brach der Sturm der Entrüstung los, aber die Gegner, die ihm nicht gewachsen waren, zeigten nur wenig Lust, seine Lehrsätze in offenen Streifschriften zu widerlegen. Seine Stimme mußte gehört werden, weil sie die Ergebnisse einer fortgeschrittenen philosophischen und naturwissenschaftlichen Bildung mit den Forderungen der Humanität in Einklang brachte. Durch Thomasius wurden die Völker aus dem blindesten und blutigsten Aberglauben aufgeschreckt. Freilich verzichtete der Aberglauben auch jetzt noch nicht an allen Orten mit einem Male auf seinen langjährigen Besitz. Die Zeiten hatten sich jedoch gewandelt. Aus den Ruinen des zünftigen Handwerkes, der Städtcherrlichkeit, des feudalen Rittertums blühte langsam das neue Leben veränderter und sich befestigender wirtschaftlicher und sozialer Zustände auf. „Andere Zeiten, andere Lieder.“ Das Gefühl der Ruhe und Sicherheit, des Erkennens und Verstehens ergriff wieder vorherrschenden Besitz von den Gemütern, das Denken wandelte andere, klarere Bahnen. Der soziale Boden zerbröckelte und schwand, aus dem die furchtbare Giftpflanze des Hexenglaubens und der Hexenprozesse erwachsen war. Die alte Generation, die im Hexenwahn geboren und groß geworden war, starb aus und mit ihr sank allmählich der schlimmste Aberglauben ins Grab. Die Praxis der Hexenprozesse nahm ein Ende, wenngleich der Buchstabe des Gesetzes, der sie ermöglichte, bis in die jüngste Zeit hinein im Strafkodex fortgelebt hat.

Eine der letzten Hexenverbrennungen im protestantischen Deutschland fand noch 1713 zu Tübingen statt. In Würzburg wurde 1749 eine siebzehnjährige Nonne enthauptet, deren Prozeß noch einmal alle Einzelheiten des kraßesten Aberglaubens in voller Blüte zeigte.* Fast gleichzeitig hörten auch in den anderen Ländern die Hexenverfolgungen auf. Der traurige Ruhm des letzten Hexenmordes in Deutschland bleibt den Bewohnern der Halbinsel Hela bei Danzig. Dort wurde im Jahre 1836 eine vermeintliche Hexe von den Fischern der Wasserprobe unterworfen und, da sie nicht unterinken wollte, gewaltsam ertränkt.

* In einer jüngst erschienenen Schrift von A. Memminger sind die schrecklichen Einzelheiten dieses Prozesses enthüllt worden, und zwar auf Grund ganz neuer Forschungen.

Wenden wir zurück auf das düstere Bild, das wir gebrängt skizzierten, so drängt sich eine Frage auf. Wie kam es, daß Bahnvorfstellungen, die in dem Hexenglauben und seinem Gegenstück, den Hexenprozessen, ihren Höhepunkt erreichten, das religiöse, das geistige Leben derart in ihren Bann schlagen konnten, daß Hexenglauben und Hexenprozesse sich einer verheerenden Epidemie gleich über die Länder verbreiteten und jahrhundertlang Geschlecht auf Geschlecht beherrschten? Mit dem Hinweis auf die Rückständigkeit der wissenschaftlichen Erkenntnis, den geistig fesselnden und knechtenden Einfluß der christlichen Kirchen allein ist es nicht getan, soviel diese Momente auch dafür mit in Betracht kommen. Der Glaube an Hexen und Zauberwesen und mit ihnen die Hexenverfolgungen griff ja gerade in den Zeiten um sich, wo in den Burgen, an den Höfen und in den Städten auf der Grundlage materiellen Wohlstandes ein reiches kulturelles Leben sich zu entfalten beginnt; in den Zeiten, wo große geographische Entdeckungen (Amerika und Seeweg nach Ostindien), wo Erfindungen von unwälder Bedeutung, wie die Buchdruckkunst, das Schießpulver, das Spinnrad usw., der Menschheit neue Lebensquellen und neue Horizonte eröffnen, wo die Künste und Wissenschaften einen kraftvollen Aufschwung nehmen. Im Zeitalter der Renaissance, des Humanismus, der Reformation, das als ein Gipfelpunkt kulturellen Lebens gepriesen wird, gediehen die schaurigsten Hexenverfolgungen. Kulturhistoriker und Sittenschilderer haben richtig hervorgehoben, daß der Hexenwahn wie das Flagellanten-tum (die Züge der Geißler) eine soziale geistige Krankheitserscheinung war. In verschiedenen Stellen haben wir auf einzelne Umstände hingewiesen, die sie auslösten. Die geschichtliche Grundursache aber war der Verfall der feudalen Ordnung und das gleichzeitige Aufkommen neuer Formen des wirtschaftlichen Lebens und der sozialen Gliederung. Die Menschen sahen rings um sich Einrichtungen zerfallen, ihren Inhalt und Wert verlieren, die sie von den Vätern ererbt, an deren Ewigkeit sie geglaubt hatten, weil ihre Existenz für immer daran gebunden schien. Sie waren Zeuge, wie neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Gestaltungen sich bildeten. Der Prozeß des geschichtlichen Vergehens und Werdens vernichtete Reichtum und Glanz der einzelnen, ganzer Geschlechter und Stände, er trug andere auf die Höhe des Besitzes und der Kultur. Unter der Schicht der Wohlhabenden und Gebildeten lagerte ein tiefer Sumpf von Massenarmut und Massenunbildung. Unsicherheit war die Signatur der Zeit. Die Menschen fanden sich in all den Widersprüchen nicht zurecht. Die Erschütterungen des gesellschaftlichen Daseins griffen auf ihr Bewußtsein, ihr Denken über. Die Menschen verloren das Vertrauen in ihre eigene Kraft, sie gaben sich Stimmungen und den Gebilden ihrer Phantasie hin. Sie erschienen sich selbst als Spielbälle dunkler, unheimlicher Gewalten, und je weniger sie bewußt das soziale Getriebe zu überschauen und zu beherrschen vermochten, um so fanatischer ward ihr Wunderglaube. Behält man diesen Zusammenhang der Dinge im Auge, so wird es erklärlich, daß im Zeitalter Darwins, der gewaltigsten, weltbewegenden wissenschaftlichen Entdeckungen und technischen Erfindungen Spiritismus und Gesundbetelei auch noch und gerade noch in den Kreisen der sogenannten Gebildeten triumphieren, wie der Hexenwahnsinn jahrhundertlang grassierte, die Geisterseherei und Rosenkreuzerei am Vorabend der großen französischen Revolution.

Die Frauen sind besonders zahlreich dem Hexenaberglauben zum Opfer gefallen. Es ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich gewesen, alle die Umstände hervorzuheben, die das bewirkt haben. Wir müssen uns damit begnügen, dem, was wir in dieser Beziehung früher gesagt haben, eines hinzuzufügen. In den Hexenprozessen hat auch die Mißachtung und soziale Unterdrückung des weiblichen Geschlechts einen furchtbaren Ausdruck gefunden. Die Kirche hat das Ihrige dazu getan, um diese Mißachtung und Unterdrückung aufrechtzuerhalten und „im Namen Gottes“ zu befestigen. Ihre Auffassung, daß durch das Weib die Sünde in die Welt gekommen, daß dieses ein Werkzeug und Gefäß des Bösen sei, hat unzweifelhaft dem Hexen-

glauben und den Hexenverfolgungen reichliche Nahrung geboten. Aber auch die fortgeschrittensten Geister jener Jahrhunderte waren im allgemeinen von der Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts überzeugt. Ein Mann wie Weyer erwog allen Ernstes die Frage, ob die Frauen den vernünftigen oder unvernünftigen Geschöpfen zugerechnet werden müßten. Im siebzehnten Jahrhundert erschienen mehrere Schriften, die untersuchten, ob die Frauen überhaupt Menschen seien. — — —

Welch ein Umschwung in einem Zeitraum von kaum zweihundert Jahren! Am Ausgang der feudalen Ordnung steht die Frau als fast Rechtlose und Vogelfreie, als Verachtete und Hexe. Am Ausgang der bürgerlichen Gesellschaft tritt sie uns als Kämpferin für ihre volle Gleichberechtigung in der Familie und der Allgemeinheit entgegen. Der Umschwung in den Produktionsbedingungen hat die veränderte Stellung und die sich umbildende Wertung des weiblichen Geschlechts geschaffen und schafft sie täglich weiter. Und mit bewundernswerter Energie und Fähigkeit trachten die Frauen selbst danach, das Fazit dieser Entwicklung zu ziehen: ihre volle soziale Gleichstellung mit dem Manne zu erobern. Schritt für Schritt dringen sie vor, setzen sie die Anerkennung ihrer sozialen Bedeutung durch, erringen sie Bewegungsfreiheit und Rechte. Das bisher Erreungene muß ein starker Ansporn sein, nicht nachzulassen im Kampfe gegen alles, was uns entgegentritt, aufzuräumen mit allen Vorurteilen und frei zu werden, innerlich und äußerlich.

Berichtigung. In der vorigen Nummer ist die Zahl der dem Hexenwahn zum Opfer gefallenen Menschen verkehrtlich viel zu hoch angegeben worden. Eine Nachprüfung hat uns zu der Überzeugung geführt, daß die genaue Zahl der Opfer überhaupt nicht mehr zu ermitteln ist. Jedenfalls aber kann man aus den verschiedenen vorliegenden widerspruchsvollen und unvollständigen Berechnungen den Schluß ziehen, daß der Hexenglaube mehr Menschenleben gekostet hat, als viele der entsetzlichen Epidemien und blutigen Kriege zusammen.

Die deutsch-böhmische Arbeiterinnenbewegung.

I. K. In Österreich ist die Arbeiterinnenbewegung wie die sozialdemokratische Bewegung überhaupt nach Nationalitäten getrennt. Es ist ja auch kaum anders möglich. Die einen verstehen die Sprache der anderen nicht, und besonders unter der deutschen Arbeiterbevölkerung wird die Sprache des zweiten großen Volksstammes, der Tschechen, wenig verstanden. So kommt es, daß wir selbst in der verhältnismäßig noch schwachen Arbeiterinnenbewegung an manchem Orte zwei Gruppen haben: eine deutsche und eine tschechische, die allerdings einträchtig neben- und auch miteinander arbeiten. Die Frauenkonferenz, welche am 22. November in Bodenbach stattgefunden hat, war aus dem angeführten Grunde nur für die deutschsprechenden Genossinnen einberufen worden. Das Frauenreichs-komitee in Wien hatte sie erregt, und einige erprobte deutsch-böhmische Genossinnen arbeiteten mit größter Begeisterung für ihr Gelingen. Die Konferenz war eine Notwendigkeit geworden, um in dem wichtigsten Industrielande, das wir haben, endlich eine einheitliche große Arbeiterinnenbewegung zu schaffen.

So zahlreich in Böhmen die Arbeiterinnen den Gewerkschaften angehören, so vereinzelt sind sie bis jetzt in den politischen Organisationen. Selten mehr als 10 bis 20 Genossinnen sind in den großen Orten politisch organisiert, und das, obgleich man keineswegs sagen kann, daß die Arbeiterinnen politisch indifferent seien. Im Gegenteil, man wird selten intelligenter Zuhörerinnen in den Versammlungen haben als in Deutsch-Böhmen. Bei Wahlen stellen sich ganz junge Genossinnen in den Dienst der Agitation, und sie arbeiten für die Konsumvereine mit derselben Begeisterung wie für die Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie ist ihnen alles. Wir haben Orte, wo die Textilindustrie überwiegt, und wo junge, 16 bis 18 jährige Mädchen Diskussionen über die schwierigsten Punkte des sozialdemokratischen Programms abhalten. Und trotzdem hatten wir bis jetzt keine politische Organisation der Frauen. Aber auch das hat gute Gründe. Um die Gewerkschaften in ihrer Entwicklung nicht zu hindern, wurde vermieden, die Arbeiterinnen der politischen

Organisation zuzuführen. Man fürchtete eine Zersplitterung der Kräfte. Die geringen Mittel und die geringe Zeit, über welche die Arbeiterinnen zu verfügen haben, wurden in Betracht gezogen. Die Arbeiterinnen sollten in ihrer Betätigung nicht schwanken zwischen zwei gleich notwendigen Organisationen, wenn sie nicht beiden angehören konnten. Und man konnte sich dafür entscheiden, sie zunächst den Gewerkschaften allein zuzuführen, weil die österreichischen Gewerkschaften als ausgesprochen sozialdemokratische Organisationen auftreten und der Geist des Sozialismus ihr Leben, ihre Aktionen beherrscht. Heute sind nun die hervorgehobenen Bedenken gegen die politische Organisation der Arbeiterinnen in den Hintergrund getreten. Die Ursache davon ist nicht etwa darin zu suchen, daß die Gewerkschaften weniger hoch geschätzt werden, sondern sie liegt gerade in der erreichten Stärke der Gewerkschaften. Die österreichische Gewerkschaftsbewegung ist so groß geworden und hat eine solche Werbetaft erlangt, daß die politische Frauenorganisation dem Anschluß der Arbeiterinnen an die Gewerkschaft nicht mehr Abbruch tun werden. Die österreichischen Gewerkschaften haben der Arbeiterklasse schon so viel erklämpft und errungen, daß ihre Bedeutung nicht mehr unterschätzt werden kann. Das gilt auch für die Arbeiterinnen. Sehen sie doch, daß in Fabriken, wo die Arbeiterinnen der Gewerkschaft angehören, die Löhne um 20 bis 25 Prozent höher sind als in den Betrieben, wo unorganisierte Arbeitskräfte schaffen. In Industriezentren, wo die Sache so liegt, können also die Arbeiterinnen der Gewerkschaft unmöglich abtrünnig werden. Kommt das aber in einzelnen Fällen doch vor, so handelt es sich sicherlich um minderwertige Elemente, die auch für die politische Bewegung nichts taugen würden.

Die Gewerkschaftsbewegung spricht heute für sich selbst. Zudem sind auch die Genossinnen, welche die Agitation für die politische Bewegung tragen, von der Notwendigkeit der Gewerkschaften für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse so überzeugt, daß ihnen deren Entwicklung ebenso am Herzen liegt wie die der politischen Bewegung. Dazu kommt noch eine Erwägung. Die vielen Tausende proletarischer Frauen, die für die Gewerkschaft gar nicht in Betracht kommen, dürfen nicht länger unaufgeklärt und unorganisiert bleiben. Sie sind uns notwendig schon in ihrer Eigenschaft als Gattinnen und Mütter. An diese Frauen wendet sich die politische Frauenorganisation in erster Linie. Bis jetzt hat es für sie in ganz Böhmen fast keine Organisation gegeben. Nur in den Städten an der Elbe ist unter ihnen seit Jahren eifrig und mit gutem Erfolg gearbeitet worden.

Die Frauenkonferenz in Bodenbach hatte die Aufgabe, einen einheitlichen Plan für die politische Organisation zu schaffen, und das hat sie getan. Die Grundlage dafür werden die hier schon besprochenen freien politischen Frauenorganisationen bilden, mit 30 Heller Beitragsleistung im Monat, wofür die Mitglieder die „Arbeiterinnen-Zeitung“ obligatorisch erhalten. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen können mit 10 Heller Monatsbeitrag Mitglieder werden, wenn ihnen ihre Gewerkschaft die „Arbeiterinnen-Zeitung“ an Stelle des Fachblattes gewährt. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen, die das Organ der Genossinnen nicht erhalten, zahlen in der politischen Frauenorganisation nur einen Monatsbeitrag von 20 Heller. Es soll den gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen der Beitritt zur politischen Organisation möglichst leicht gemacht werden, da wir doch ein Interesse daran haben, auch sie mit den politischen Zielen der Sozialdemokratie bekannt zu machen. Auf der Konferenz kamen Genossinnen zu Worte, Frauen und junge Mädchen, die erfreuliche agitatorische Begabung zeigten. Ein Umstand mehr, der uns die Überzeugung gibt, daß die Konferenz für die Arbeiterinnenbewegung fruchtbar sein wird. In einer sehr lebhaften Debatte wurden alle die Klagen und Beschwerden geäußert, die bei solchen Gelegenheiten vorgebracht werden, darunter auch die über nicht genügende Unterstützung seitens der Genossen, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen. Die Vertreter aller Instanzen der sozialdemokratischen Partei Deutsch-Böhmens, die an der Konferenz teilnahmen, einschließlich einiger Abgeordneten und des Landessekretärs, erklärten, die Landesvertretung werde die Frauenorganisation nicht nur moralisch, sondern auch materiell unterstützen. So ist wohl die Gewähr gegeben, daß die Genossinnen in Zukunft das nötige Entgegenkommen finden werden.

Allgemein wurde konstatiert, daß die katholischen Organisationen die größten Anstrengungen machen, um die Frauen an sich zu ziehen und zu fesseln. Für niedrige Beiträge werden ihrerseits hohe Unterstützungen bei Geburten, Sterbefällen und Notfällen aller Art gewährt. Die großen Erfolge der Sozialdemokratie in Deutsch-Böhmen haben die Klerikalen besorgt gemacht, und so suchen sie sich Reserven bei den Frauen zu sichern, die bisher schon ihre

festesten Stützen waren. Daß sie keine großen Eroberungen machen, dafür werden unsere Genossinnen durch eine rastlose Agitation zu sorgen haben.

Um ein planmäßiges Arbeiten zu verbürgen, wurde ein Agitationskomitee gewählt, in dem die hervorragendsten Orte Deutsch-Böhmens vertreten sind, soweit sie schon eine politische Frauenorganisation haben. Das sind die Städte: Reichenberg, Bodenbach, Aussig, Teplitz und Böhmisches-Leipa. Leider fehlt noch Gablonz a. N., doch hat die Konferenz den Anstoß dazu gegeben, daß sich die Genossinnen des Gablonzer Agitationskreises schon zu Weihnachten auf einer Kreiskonferenz mit der politischen Organisation der Frauen beschäftigen werden.

Die Frauenkonferenz in Bodenbach hat auch zur Landtagswahlrechtsreform in Böhmen Stellung genommen und in einer Resolution gegen die „durch das Aufheben der chauvinistischen Leidenschaften verursachte Schließung des böhmischen Landtags protestiert, der die Wahlreform hätte durchführen sollen. Die Frauenkonferenz erklärte nur eine solche Wahlreform als eine befriedigende, deren Grundlage das allgemeine, gleiche und direkte aktive und passive Wahlrecht für Männer und Frauen bildet.“ Die letztere Forderung mußte besonders betont werden, weil bekanntlich das böhmische Wahlgesetz schon jetzt das Frauenwahlrecht kennt, allerdings nur ein solches, das an einen Steuer- oder Bildungszensus geknüpft ist. Dadurch, daß bei den letzten Wahlen die tschechischen Genossinnen eine eigene Kandidatin, Genossin Mach, aufgestellt haben, sind die Gewaltigen im Lande Böhmen erst darauf aufmerksam geworden, wie „fortschrittlich“ ihre Wahlordnung ist. Und schon wurden Stimmen laut, daß bei einer Wahlreform das Frauenwahlrecht hinaus „reformiert“ werden müsse. Gegen solche Strömungen haben die deutsch-böhmischen Genossinnen in ihrer Resolution Stellung genommen.

Mit Freude hat die Konferenz die Mitteilung entgegengenommen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung“ von Neujahr ab eine Kinderbeilage nach dem Beispiel der „Gleichheit“ erhalten wird. Sie soll dem Blatt vorläufig einmal im Monat beiliegen. a. p.

Hoch Schema B.

Zu Mannheim (Seckenheimerstraße 8) besteht ein staatlich genehmigter Arbeitsnachweis der Industriellen, welcher in diesen Tagen folgendes schamlose Schriftstück an die Unternehmer zirkulieren ließ:

An die Herren Vereinsmitglieder!

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß jedesmal bei Ausbruch eines Streiks die Frauen und Töchter der Streikenden, welche bisher die Hausarbeit besorgten, aber sonst ohne Beschäftigung waren, als Fabrikarbeiterinnen Beschäftigung suchen, um so auf diese Weise ihre Männer beim Streik zu unterstützen. Es dürfte sich daher empfehlen, die Arbeiterinnen bei der Einstellung nach dem Vor- und Zunamen des Vaters zu fragen und diese in die letzte Rubrik unseres Formulars B, welches wir in der Anlage beifügen, einzutragen.

Die Herren Vereinsmitglieder werden weiter dringend gebeten, die mit der Einstellung von Arbeiterinnen beauftragten Beamten darauf hinzuweisen, daß jede Einstellung einer Arbeiterin sofort mittels des Formulars B dem Arbeitsnachweis mitzuteilen ist.

Hochachtungsvoll

Arbeitsnachweis der Industrie Mannheim-Ludwigshafen.
Dr. Moebius.

Wir haben in diesem Rundschreiben die offenkundige Verquickung des Systems Schwarzer Listen mit einem gesetzlich konzeptionierten Arbeitsnachweis. Die Verwendung eines gesetzlich vorgeschriebenen Formulars (B) behufs Kennzeichnung und Verfolgung mißliebiger Arbeiterinnen ist eine strafbare Handlung. Was schießt das die Herren Unternehmer? Sie lassen trotzdem das scheußliche Handwerk der Brotlosmachung durch schleichende Denunziation beruflich ausüben. — Es ist das nicht neu. Aber die alte schosle Praxis der Schwarzen Listen verschärft sich zum Verbrechen, wenn sie, wie in diesem Falle, nicht gegen Kämpfende selbst zur Anwendung kommt, sondern gegen deren Angehörige, die persönlich nicht im Kampfe stehen. Die nämlichsten Leute, welche mit sittlich aufgeblasenen Backen das Wort Klassenkampf verpönnen möchten, welche nicht genug gegen „sozialdemokratische Verhehlung“ donnern können, prattizieren in brutalster Weise den Klassenkampf, und gegen wen? Gegen unmittelbar Unbeteiligte. Frauen und Mädchen werden gewissermaßen zu Geißeln gemacht, an denen das Kapital seine Rache nimmt für die „Meuterei“ der Gatten, Väter

und Brüder. Das Unternehmertum setzt eine Strafe, die härteste, grausamste, über die es verfügt — die Versagung von Arbeit und Brot —, gegen die Betätigung der Familientugenden, welche die bürgerliche Welt feiert. Wenn Frauen und Töchter der Arbeiter, vom Mitgefühl mit den Sorgen und Leiden der Ihrigen bewegt, zur schweren Erwerbsarbeit greifen, wenn sie der Familie das Stück Brot erarbeiten wollen, das der Mann nicht mehr heimbringen kann: so sind sie nicht Beispiele der Selbstaufopferung und Tatkraft. Nein, sie werden zu frechen Geschöpfen, zu Lasterhaften, die Strafe verdienen! Also erhellt aus dem Rundschreiben des Arbeitsnachweises. Nicht Treue gegen die Angehörigen, nein, Unterwerfung unter das kapitalistische Joch ziemt den ausgebeuteten Massen.

Unser Mannheimer Parteiorgan, das dieses Bröbchen aus der modernen Folterkammer veröffentlichte, ruft zutreffend aus: „Was ist das für ein nichtswürdiges System in unserem Staat, bei welchem der ehrliche Mensch, durch ungerechte Unterdrückung seiner Habe beraubt, zu einem Heloten herabgedrückt wird, während andere durch ihre Vergehen sich zum Range eines „wohlgefügten“ Bürgers erheben?“ Wir werden sehen, wie sich der bürgerliche Staat und die Hüter seiner Gesetze zu diesem Henkerstreich einer einflußreichen Kapitalistenclique stellen. Unsere Mannheimer Parteigenossen werden es sicher an einer deutlichen Antwort auf diese Provokation seitens des erbärmlichen Progenübermuts nicht fehlen lassen. Zynischer als in ihr hat sich selten enthüllt, daß das ausbeutende Kapital alle Familienbände, alle menschlichen Gefühle mißachtet, mit Füßen tritt, wenn es um seinen Profit geht. In seinen Büchern zählt nicht der fühlende, denkende Mensch, sondern nur die Plusmachemaschine in menschlicher Gestalt. Der Mannheimer Arbeitsnachweis hat die Konsequenz davon gezogen kurz vor der „fröhlichen, seligen, gnadenbringenden Weihnachtszeit“. Schema B macht das möglich, hoch Schema B! m. g.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Zur Aufklärung der proletarischen Frauen fanden im Wahlkreis **Dortmund** vom 8. bis zum 21. November öffentliche Agitationsversammlungen statt, in denen die Unterzeichnete das zeitgemäße Thema behandelte: „Was ist die Aufgabe der Frau im proletarischen Befreiungskampfe?“ Um den Frauen den Versammlungsbefuch so bequem als möglich zu machen, waren in Dortmund selbst Bezirksversammlungen organisiert worden, die sich eines guten Besuchs erfreuten. In den Landorten des Kreises, in Schüren, Hörde, Hambruch, Kirchhörde, Vünen und Dinklemberg war die Beteiligung der Frauen an den Versammlungen großartig. Es wurden durch diese Agitation an 150 weibliche Parteimitglieder sowie Leser für die Parteipresse gewonnen. Wirksam unterstützt wurde die Agitation im Kohlenrevier durch die Empörung über das Massenunglück in **Rabod**. Die Bergarbeiterfrauen des Dortmunder Bezirkes sehen in diesem Unglück keine „Fügung Gottes“. Sie fluchen der Habgucht und Raffgier der Grubenbesitzer, die schänden Mammons wegen das Leben und die Gesundheit der Bergleute freventlich aufs Spiel setzen. Es ist jetzt eine Lust, in Preußen unter den Frauen zu agitieren. Die Schranken, die das alte Vereins- und Versammlungsgesetz aufrichtete, sind gefallen, die politische Organisation der Proletarierinnen macht gute Fortschritte. Möge das Interesse der Frauen dauernd wach bleiben, damit sie durch ihre Beteiligung am Klassenkampf des Proletariats zu dessen Sieg über eine Gesellschaftsordnung beitragen, die zu „Ansin und Plage“ geworden ist. W. Kähler.

Dresden. Als am 1. November d. J. die Dresdener Arbeiter-schaft in imposanter Weise für ein gleiches, allgemeines, direktes Wahlrecht für den Landtag demonstrierte, erregte es nicht geringes Aufsehen, daß auch zahlreiche Frauen im Zuge sich befanden. Auf dem Wege zu den weiten Plätzen der Radrennbahn, wo das Massenmeeting abgehalten wurde, stand dicht gedrängt das Dresdener Bürgertum, darunter auch Männer, Frauen und Kinder aus der Arbeiterschaft, die mit Erstaunen die Massen passieren ließen. Da hörte man denn auch die alten Mäherinnen wieder, die unsere kämpfenden Genossinnen kennen. „Die haben gewiß alle zerrissene Strümpfe an“, „die gehen ja bloß aus Neugierde mit“ usw. Köstlich waren die Kinder, die mit aufgerissenen Augen jedesmal, wenn ein neuer Frauentrupp kam, verwundert ausriefen: „Ach, da sind ja auch Frauen bei!“

Es erübrigt sich wohl für jeden denkenden Menschen, auf diese trübsüchtigen Nebenszenen einzugehen. Jedenfalls beweist die rege Teilnahme unserer Proletarierinnen an Veranstaltungen der Partei, daß die Frauen mit Ernst und Interesse nach Verständnis ringen,

wie schwer ihnen das auch oft gemacht wird durch die doppelten Lasten, die sie zu tragen haben. Besonders zeigten dies eine Reihe von Versammlungen, die Genossin **Popp-Wien** vom 23. bis 25. November in Dresden abhielt. Zahlreich waren die Frauen herbeigeeilt, um den Ausführungen der Rednerin über das Thema zu lauschen: „Warum kämpfen Männer und Frauen vereint für ein freies Wahlrecht?“

In einfacher und doch packender Form entrollte Genossin Popp, die ja in Österreich die bewundernswürdigen Wahlrechtskämpfe miterlebt hat, die Für und Wider der Begründung unserer Wahlrechtsforderung, „ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht für alle Männer und Frauen des Volkes“. Oft von stürmischem Beifall unterbrochen, ging sie mit den Versammelten durch unsere ernste Zeit, wo eine furchtbare Krise Arbeitslosigkeit und damit unsägliches Elend herausbeschwört. Wie ein drohendes Gespenst, so führte sie aus, schleicht die Krise durch die Völker und sucht mit brutaler Macht Errungenschaften zu zerstören, die die kämpfende Arbeiterschaft bereits für gesichert hielt. Noch stehen draußen die vielen Gleichgültigen, die in großer Kurzsichtigkeit in den Tag leben, nicht ahnend, daß eines Morgens auch sie von dieser Seuche des Wirtschaftslebens erfaßt werden können. Eine künstliche Reservearmee von Arbeitslosen wird geschaffen und benutzt, Lohnbrück zu üben. Bald zeigt es sich dann, daß der geschmälerete Lohn bei den gesteigerten Ausgaben für Lebensbedarfsartikel nicht mehr ausreicht, um das zum Leben Notwendigste einzukaufen, die Frau muß hinaus. . . . Und die Kinder? Sie bleiben oft unverforgt, oder auch sie müssen verdienen, und wäre es in den berühmten Kinderbeschäftigungsanstalten beim Holzspalten, wo der Stundenverdienst 1 Pf. beträgt.

Wohl sagen die besitzenden Klassen: Wir tun so viel zur Linderung der Not. Wohltaten! Aber ist es denn nicht eine Schmach und eine Schande, daß man diejenigen, die alle Kulturüter schaffen, Männer und Frauen, auf Wohltaten verweist? „Rechte wollen wir, eure Wohltaten behaltet für euch!“ so ruft heute stolz der Arbeiter, die Arbeiterin und Arbeiterfrau. „Doch da wendet man ein, der Arbeiter könne keinen Anspruch auf Volksrechte erheben.“ Gleich den Frauen sollen sie geistig minderwertig und zur Ausübung politischer Rechte in den Landtagen unfähig sein. Ja, warum sind denn die Arbeiter nicht zu dumm, zur Reichstagswahl zu gehen? Und wenn schon einmal der Einwand untersucht werden soll — geht doch dem Volke die besten Bildungsmöglichkeiten, die den Angehörigen jener Privilegierten zur Verfügung stehen! Aber davon wollen die Herrschenden nichts wissen. Das Kind aus dem Volke ist dazu verurteilt, daß die in ihm liegenden Fähigkeiten verkrüppeln. Es ist aber auch nicht wahr, daß die Arbeiter geistig zu minderwertig seien, um ihr Wahlrecht ausüben zu können, ebensowenig wie dies die Frauen sind. Das Streben in der Arbeiterklasse nach eigener Bildung, die alles schaffende Arbeitskraft, die Quelle alles Glücks, aller Wohlfahrt, aller Kultur, sind Grundlagen unserer Forderung nach gleichem Recht. Die Kirche, die protestantische wie die katholische, stellt die durch die Besitzunterschiede geschaffenen reichlichen Ungleichheiten als von Gott gewollte hin und vertröstet die Armen auf das Himmelreich. Sie lullt nur zu oft noch mit ihrem Ciapopeia gerade die Frauen ein. Wohl klagen sie über ihr doppelt traurig Los, doch finden sie schwer den Weg des Kampfes. Das muß anders werden. Alle Männer und Frauen, die denken gelernt haben, müssen diesen Jaghaften sagen, wer die Ungleichheiten schaffte, warum Brot, Fleisch, Milch, Eier, Butter und alle Gebrauchsartikel so teuer sind, und wozu die Steuerlasten dienen, die auch die Frauen tragen. „Sagt den Frauen, warum Militär- und Marineforderungen Riesensummen verschlingen — um die Proletarier im Waffenrock auch zu brauchen gegen den inneren Feind, gegen das kämpfende Proletariat! Sagt den Frauen, warum man den ausgebeuteten Massen das Wahlrecht zum Landtag vorenthält — aus Furcht, die Arbeiterklasse könnte den herrschenden Klassen auf die Finger sehen und ihre Interessenpolitik wandeln zu ihren eigenen Gunsten. Klärt die Frauen auf, sie sind nicht zu dumm, diese Dinge zu begreifen. Nehmt der Frau ihre Angstlichkeit, auf daß sie ein starkes Geschlecht heranbilden helfe. Männer und Frauen müssen kämpfen für die Verwirklichung politischer und wirtschaftlicher Freiheit.“ — Eine große Begeisterung wurde von diesen Worten ausgelöst, und brausender Beifall dankte der tapferen Vorkämpferin für die Interessen des Proletariats. Die Versammlung in **Neustadt**, im Riesensaal der „Reichskrone“, wie die in Altstadt in der über 1000 Personen fassenden „Zentralhalle“ war überfüllt. Gut besucht war auch die etwas auswärtig, in **Loschwitz** tagende Versammlung. Eine große Anzahl Zuhörer zogen die beste Nutzenanwendung aus dem Vortrag: sie wurden Mitglieder unserer politischen Organi-

sation. Viele Frauen befanden sich unter ihnen und vermehrten den stattlichen Stamm der bereits organisierten Frauen Dresdens. Es hat sich gezeigt, daß es von großem Nutzen ist, von Zeit zu Zeit eine auswärtige Genossin reden zu lassen, um neue Mitkämpfer zu gewinnen, die älteren aber anzuspornen zu neuen Taten. ar.

In Görlitz, der schönen Gartenstadt, wie sie so oft von Fremden genannt wird, ist die Lage der Arbeiter sehr traurig. Die Klassen-gegensätze treten kraß zutage. Nach der letzten Statistik wohnen am Orte 20 Millionäre. Während die Unternehmer und die zahlreich in Görlitz ansässigen Pensionierten und Rentiers frohe Feste ohne saure Wochen feiern können, ist es den Arbeitern bei den hohen Lebensmittelpreisen kaum möglich, das Notwendigste für sich und ihre Familien zu erschwingen. Werden doch zum Beispiel in der Textilindustrie die Arbeiter zum Teil mit einem Verdienst abgespeißt, der noch hinter den berücksichtigten Hungerlöhnen der Gulen-gebirgsweber zurücksteht. Die Textilindustrie beschäftigt am Orte gegen 2000 Personen; vier Fünftel davon sind Frauen und Mädchen. Die letzteren werden von den Unternehmern zu Lohnrückenrinnen der Männer herabgewürdigt, und sie sind durch die jahrzehntelange Ausbeutung so abgestumpft worden, daß es sehr schwer hält, sie für die gewerkschaftliche wie die politische Organisation zu gewinnen. Das gleiche gilt von der großen Zahl der Heimarbeiterrinnen, welche in der Knopfabrikation und besonders in der Konfektion beschäftigt sind. Schon vor ungefähr sechs Jahren scharte sich ein Häuflein Frauen zusammen, um mit Hilfe der „Gleichheit“ Aufklärung unter den Frauen zu verbreiten. Doch machte die Bewegung nur langsame Fortschritte, und als die Unterzeichnete vor drei Jahren das Amt als Vertrauensperson übernahm, waren kaum 70 Abonnentinnen der „Gleichheit“ vorhanden. Diese Zahl stieg bis zum Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes auf 180. Daß die Zunahme nicht größer war, liegt zum großen Teil an der geistigen Rückständigkeit vieler Männer, welche die Organisation der Frau für nutzlos halten und glauben, genug getan zu haben, wenn sie selbst organisiert sind. Am 1. August d. J. erfolgte der Übertritt der früher nur lose organisierten Genossinnen in den sozialdemokratischen Verein, der den weiblichen Mitgliedern gegen einen vierzehntägigen Beitrag von 10 Pf. die „Gleichheit“ liefert. Monatlich finden für die organisierten Genossinnen besondere Versammlungen statt, in denen geeignete Vorträge gehalten und Fragen behandelt werden, die die Frauen besonders interessieren. Zur Aufklärung der Proletarierinnen fanden am 12. und 13. November zwei von den Genossinnen einberufene Versammlungen in Görlitz und Penzig statt. Genossin Gradnauer-Dresden erläuterte in ihrem Referat über das Thema: „Die Frau und die Sozialdemokratie“ den zahlreich erschienenen Frauen und Mädchen in leicht faßlicher Weise das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie. Die politische Organisation gewann eine größere Anzahl von Mitgliedern. Die Zahl der weiblichen Organisierten ist jetzt in ständigem Steigen begriffen. Langsamer als in der Stadt geht es freilich in den Landorten vorwärts, mit Ausnahme von Penzig, wo schon über 40 weibliche Parteimitglieder vorhanden sind. Im ganzen beträgt die Zahl der letzteren im Wahlkreis Görlitz-Lauban zurzeit 270. Wir hoffen, daß wir nunmehr vereint mit den Genossen bessere Fortschritte in der Aufklärung der Frauen machen als seither, damit diese, wenn sie einmal politische Rechte erlangen, auch befähigt sind, sie auszunutzen. Emma Klügel.

Jahresbericht des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Potsdam. Der Verein bestand seit einem Jahre und hatte 40 Mitglieder. Vierzehntägig fanden regelmäßig Lese- und Diskussionsabende statt. In zwei öffentlichen Versammlungen, von denen die zweite sehr gut besucht war, referierten die Genossinnen Lungwiz und Baader. Mehrere Genossinnen haben sich an den Arbeiten für die Landtagswahl beteiligt, etwas Neues für Potsdam. Ende September hielt der Verein eine Versammlung ab, in der nach eingehender Debatte sämtliche Genossinnen ihren Beitritt zu dem sozialdemokratischen Wahlverein erklärten. Der monatliche Beitrag der Frauen an diesen beträgt 20 Pf. Es heißt jetzt für die Genossinnen eifrig für die Gewinnung der uns noch Fernstehenden tätig zu sein. Frau Kruse.

Die Kinderschulungskommission der Dresdener Genossinnen. In Nr. 18 der „Gleichheit“ berichteten wir ausführlich über die erfolgreiche Tätigkeit, welche die Kinderschulungskommission der Dresdener Genossinnen entfaltet. Liegt es auch nicht im Machtbereich der Kommission, an den Proletarierkindern all das gut zu machen, was der Kapitalismus an ihnen sündigt, so kann sie doch in vielen Fällen die strupelloseste Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft verhindern, und manche körperliche und seelische Schädigung von den Kleinen fernhalten. Oft ist es nicht ein Kapitalist, sind es die proletarischen Eltern selbst, welche ihr eigen Fleisch und Blut ver-

wahrlosen lassen, da sie dank der Ausbeutung in Rückständigkeit dahinfliehen, in Rohheit und Stumpfheit versinken. So mußte die Kommission ein sechs Monate altes Kind aus einer Familie wegbringen, weil es aus Mangel an Reinlichkeit und Pflege bei lebendigem Leibe halb verfault war.

Auf dem Gebiet der Fürsorge für die älteren Kinder haben die Genossinnen einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Auf ein Gesuch, das sie an die Stadtverordneten richteten, hat der Rat den aufsichtslosen Kindern für die Nachmittage einen Schulhof probeweise zur Verfügung gestellt. Hoffentlich wird die Maßregel recht bald obligatorisch auf alle Schulen ausgedehnt.

Der Kaufmann Griesbach aus Trachenberge, der sich, wie unseren Leserinnen aus dem Bericht der Dresdener Genossinnen bekannt ist, an 60 bis 70 Kindern unstilllich vergangen hat, wurde zu sechs Jahren Zuchthaus und zehnjährigem Ehrverlust verurteilt. Bei der Verhandlung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen, nur zwei Mitglieder der Kinderschulungskommission wurden zugelassen, weil sie die ersten gewesen waren, die durch ihre Erhebungen dem furchtbaren Verbrechen auf die Spur gekommen sind. Den Bemühungen der Kommissionsmitglieder ist es zu danken, daß der Unhold in der Person des Verurteilten festgestellt und der verdienten Strafe übermittleit werden konnte.

Politische Rundschau.

Eine Fortsetzung des kläglichen Schauspiels, das die bürgerliche Reichstagsmehrheit bei den Verhandlungen des Reichsparlamentes über das Kaiserinterview bot, war die Beratung der Anträge auf Abänderung der Reichsverfassung, die am 2. und 3. Dezember vor sich ging. Sie hat aufs neue bestätigt, daß die bürgerlichen Parteien vor jedem ernsthaften Kampf mit dem persönlichen Regiment weit mehr Furcht haben, als vor allen Gefahren, Schäden und Blamagen, die eben dieses Regiment dem deutschen Volke beschert hat und noch alle Tage beschern kann. Der Grund dafür tritt klar zutage: es ist ihre Furcht, daß das Proletariat einjt die Macht des Parlamentes für sich ausnützen könnte. Mit Ausnahme der Konservativen beider Farben, die offen als Schildhüter des Absolutismus, als Feinde jeder Machterweiterung des Parlamentes auftraten, spielten alle bürgerlichen Parteien eine jämmerliche Komödie. Sie mimten die um die Ausdehnung der Parlamentes-, der Volksrechte Besorgten, die auf die Eindämmung des persönlichen Regiments Bedachten, während sie im Innern doch fest entschlossen sind, nichts Ernsthaftes zu tun, um ihre angeblichen Ziele zu erreichen. Keine der bürgerlichen Parteien hat es fertig gebracht, zu erklären, daß sie nicht eher an die Bewilligung neuer Steuern, an die Reform der Reichsfinanzen gehen werde, ehe nicht die Garantien gegen das persönliche Regiment geschaffen und gesichert seien. Das aber ist der einzige Weg, um eine wirkliche Erweiterung der Volksrechte durchzuführen. Der Sprecher der Sozialdemokratie, Genosse Ledebour, hat das in einer vortrefflichen Rede den Bürgerlichen eindringlich und zwingend nachgewiesen. Auf dem Wege des Vereinbarens mit der Reichsregierung wird allenfalls ein Reichskanzler-Verantwortlichkeitsgesetz zustande kommen, das das Recht des Reichstags auf Anklage des Kanzlers feststellt und das Verfahren dabei regelt. Es ist vielleicht möglich, daß sich der Bundesrat zu diesem Zugeständnis bereit findet, damit der allgemeine Unwille im Volke mit der Vorpiegelung besänftigt werden kann, es sei etwas Gesehenes gegen die Wiederkehr solcher Vorgänge, wie sie das Kaiserinterview enthüllt hat. Vielleicht darf man es als ein Anzeichen solcher Absichten deuten, daß der Kanzler den Staatssekretär des Innern zu den Verhandlungen sandte und eine unverbindliche Verbeugung vor dem Hause machen ließ. Für einen größeren Einfluß der Volksvertretung auf die Politik des Reiches wäre aber mit einem Reichskanzler-Verantwortlichkeitsgesetz sehr wenig gewonnen. Ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz für sich allein genügt nicht, sondern bedarf notwendig der Ergänzung durch die von der Sozialdemokratie geforderten Rechte des Reichstags, die diesen zum ausschlaggebenden Faktor des Reichstags machen. Wir meinen das Recht des Parlamentes, die Entlassung des Reichskanzlers zu bewirken und das entscheidende Wort bei Kriegserklärungen zu sprechen. Ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz allein ist eine weit schlechtere Waffe gegen das persönliche Regiment als das, was die Sozialdemokratie in ihren Anträgen fordert. Aber auch dieses Gesetz könnte der Markstein einer Machtverschiebung zwischen Regierung und Parlament sein, wenn es im Kampfe gegen die Regierung vom Reichstag errungen würde, wenn es der Preis eines Ringens zwischen persönlichem Regiment und Volksvertretung wäre. Der moralische Eindruck des Sieges würde für das Parlament viel mehr bedeuten, als das Gesetz selbst. Aber

gerade den Kampf wollen die bürgerlichen Parteien nicht. Sie sind entschlossen, die Waffe der Reichsfinanzreform aus der Hand zu geben und es so ins Belieben der Regierung zu stellen, was sie von den Verfassungsänderungsbeschlüssen des Parlamentes, die schließlich zustande kommen, annehmen und was sie ablehnen will. So haben sie's denn auch gar nicht eilig mit der Beratung der Anträge in der Geschäftsordnungskommission. Nicht bloß das Zentrum, auch die Freisinnigen waren dagegen, daß die Kommission noch vor den Weihnachtsferien an die Arbeit gehe. Und doch hätte sie in dieser Zeit ganz gut wenigstens die Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung fertigstellen können, die dem Reichstag ermöglichen sollen, künftig im Anschluß an Interpellationen durch einen Beschluß seine Meinung über die verhandelte Materie kundzugeben. Zu dieser Änderung der Geschäftsordnung ist die Einwilligung der Regierung gar nicht nötig. Die Herren der bürgerlichen Mehrheit wollen indes um jeden Preis gründlich vorgehen und nichts überstürzen. Das heißt, sie wollen die unbequeme Sache nach Möglichkeit verschleppen. Ein Verfahren, das zu ihrem bisherigen kläglichen Verhalten in der Sache durchaus paßt, das aber das deutsche Volk zu lautem Protest herausfordern mußte.

Die erste Lesung des Staats ging in diesen Tagen im Reichstag vor sich. Auf eine scharfe Kritik der auswärtigen Politik Deutschlands durch den sozialdemokratischen Redner Genossen Scheidemann und Bemerkungen bürgerlicher Redner antwortete der Reichskanzler mit einer müden Rede. Sie ist als Symptom der unbefriedigenden Lage bemerkenswert, in die das Reich durch die ungeschickte und unzuverlässige Politik der Regierung gebracht worden ist, die sich bald drohend, bald ausbringlich freundlich gibt. Der Ton dieser Rede kontrastiert erheblich gegen die anspruchsvollen Worte, die zu Beginn der Ara Bülow vom Regierungstische erklangen. Damals wurde der Welt verkündet, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne fordere, daß nichts in der Welt geschehen dürfe, ohne daß das Deutsche Reich mit dreinrede. Heute, nach einer Kette von Mißerfolgen, nachdem das Reich nach allen Seiten isoliert ist, heißt es, daß alles gut war, so wie es gekommen ist, und daß Deutschland sich mit dem Stande der Dinge in der Welt zufrieden geben müsse. So spricht ein Mann, der das Bedenkliche seiner Situation erkannt hat und den einzigen Ausweg nicht gehen will, auf den das Reich aus der Sackgasse kommen könnte. In der Tat: der Kanzler will das einzige Mittel nicht anwenden, das eine Politik gewährleisten würde, die dem Reich wieder das Vertrauen der Nachbarstaaten gewinnen könnte: die Demokratisierung des Staatslebens. Dieser Fortschritt hieße ja die Herrschaft der ausbeutenden Klassen aufgeben.

Der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg benutzte die Verhandlungen, um sich gegen den wohlbegründeten Vorwurf zu wehren, der schon bei der Radbod-Interpellation von dem Freisinnigen Gothein, den Sozialdemokraten und den Polen gegen ihn erhoben worden ist. Der Vorwurf geht dahin, daß der Minister bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes die Freisinnigen durch schlaue Erklärungen und listiges Schweigen in den falschen Glauben versetzt hat, daß der Sprachenparagraph auf die Gewerkschaften aller Richtungen nicht angewendet werden soll. Des weiteren hat Herr Bethmann-Hollweg nichts getan, um eine falsche und engherzige Ausführung des Gesetzes durch die Bundesregierungen zu verhindern. Darüber soll des näheren bei der Besprechung einer sozialdemokratischen Interpellation gesagt werden, die sich mit diesen Dingen beschäftigten, aber erst im Januar zur Verhandlung kommen soll. Der Staatssekretär dürfte dann keinen leichten Stand haben. Der Freisinn indes hat schon jetzt durch den Abgeordneten Wiemer erklären lassen, daß er den Vorwurf Gotheins als irrtümlich zurücknehme, der Staatssekretär habe seine Partei getäuscht. Der Freisinn will also wissentlich der Ausnahmebehandlung der polnischen und der freien Gewerkschaften zugestimmt haben. Was ganz gut zu seinem Verhalten im Falle Schücking paßt. Er will dieses Falles wegen die Regierung erst dann interpellieren, wenn das Disziplinarverfahren auch in letzter Instanz erledigt ist!

Der Abschnitt der Gewerbeordnungsnovelle, der den Arbeiterinnen den leider vielfach durchlöchernten Zehnjundentag und einige andere Schutzbestimmungen bringt, ist in dritter Lesung erledigt worden. Unsere Leserinnen haben davon schon an anderer Stelle gehört.

In Sachsen hat die konservative Majorität des Dreiklassenlandtags eine Wahlrechtsreform beschlossen, die einen Hohn auf den Begriff einer Reform darstellt, ein Pluralwahlrecht, das den Besthenden vier Stimmen, den Proletariern und Kleinbürgern eine Stimme gibt. Die Nationalliberalen, die auf ein Wahlrecht hofften, daß ihnen die Majorität gäbe, sind dabei die Betrogenen;

das Gesetz soll die konservativ-agrarische Mehrheit verewigen. Die Sozialdemokratie hat einen außerordentlichen Landesparteitag einberufen, um den Kampf gegen diesen Wahlrechtswechselbalg zu organisieren, der um keinen Deut besser ist als das Dreiklassenunrecht. Er hat zunächst noch die Erste Kammer zu passieren. Die Regierung ist bereit, ihn zu sanktionieren.

Dem in Kaiserslautern neugewählten sozialdemokratischen bayerischen Landtagsabgeordneten Genossen Hoffmann ist von der Regierung der Pfalz die Erteilung des Fortbildungsschulunterrichts untersagt worden. Gegen diese Maßregel, die der Sozialdemokratie die staatsbürgerliche Gleichberechtigung abspricht, ist bei der bayerischen Regierung Beschwerde erhoben worden. Die bayerische Regierung hat indes schon vor der Wahl zu erkennen gegeben, daß sie einen sozialdemokratischen Kandidaten bezw. Abgeordneten nicht als Volksschullehrer amtieren lassen werde. Damals ist es zur Maßregelung nicht gekommen, weil Genosse Hoffmann gleich nach Annahme der Kandidatur sein Volksschullehramt niederlegte. In Baden geht nichts Besseres vor. Dort ist eine Disziplinaruntersuchung gegen den Lehrer Rödel eingeleitet worden, der nicht etwa für die Sozialdemokratie agitiert, sondern der lediglich das badische Volksschulelnd auf der deutschen Lehrerversammlung kritisiert hat.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Regierung hat dem Reichstag den neuen Gesekentwurf über die Arbeitskammern vorgelegt. Die Forderung der Arbeiterklasse auf Errichtung von Arbeitskammern, die ihr eine wirkliche Interessenvertretung sichern würden, wurde auch diesmal nicht berücksichtigt. Nur in zwei Punkten weist die Vorlage gegen die frühere Verbesserungen auf. Die Arbeitskammern sind nicht mehr unter Ausschluß des Handwerks als Anhängel an die Berufsgenossenschaften gedacht. Des weiteren sollen die Wahlen für diese Kammern auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts vorgenommen werden. Das aktive und passive Wahlrecht wird auch den Arbeiterinnen zugestanden, die zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten noch immer weder wählen noch gewählt werden dürfen. Von diesen Fortschritten abgesehen, fordert der Entwurf die schärfste Kritik der organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter heraus. Er sieht die Errichtung von paritätischen Arbeitskammern vor und gesteht mithin den Arbeitern keine eigene, selbständige Interessenvertretung zu. Das letztere ist eine um so schreiendere Ungerechtigkeit, als die Kapitalistenklasse in den Handels- und Handwerkskammern, als die Agrarier in den Landwirtschaftskammern selbständige Interessenvertretungen besitzen. Die Arbeiter müssen geleihtammelt und bevormundet werden, sie sind nicht reif, nicht fähig zur selbständigen Interessenvertretung, das ist der maßgebende Grundton des Entwurfs. Es ist bezeichnend dafür, daß die Arbeitskammer nicht aus ihrer Mitte den Vorsitzenden stellt, sondern daß die Aufsichtsbehörde ihn in der Person eines Beamten bestimmt, dem für den Eventualfall weitgehende autoritative Befugnisse zustehen. Daß dies nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt, versteht sich am Rande. Die Behörden schweben nicht in parteiloser Gerechtigkeit über den Gewässern der Klassenkämpfe. Wer gedächte nicht jenes Auspruchs eines preussischen Ministers an die Unternehmer: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für sie.“ Ein weiterer Mangel des Gesetzes ist, daß die Abgrenzung nach Berufen aufrechterhalten bleibt, trotzdem sich die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen einmütig dagegen ausgesprochen haben. Auch sonst zeigt der Entwurf so viele Gebrechen, daß er einen neuerlichen Bankrott der deutsch-preussischen Sozialpolitik bedeutet. Die Arbeiterklasse kann dieser Art der Gesetzesmacherei nicht scharf genug auf die Finger klopfen; von ihrem Auftreten wird es abhängen, ob wenigstens die größten Schäden der Vorlage beseitigt werden.

Was den hervorgehobenen Fortschritt zur Gleichberechtigung der Arbeiterinnen anbetrifft, so liegen die Umstände, die ihn den herrschenden Gewalten erpreßt haben, klar zutage. Es ist die in stetiger Zunahme begriffene gewerbliche Frauenarbeit. Nach einer amtlichen Statistik hat die Zahl der in versicherungspflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen 1907 um 49630 zugenommen. Diese Zahlen sind einer der Beweise dafür, daß das richtig verstandene Wort von der Verelendung der Massen trotz allem bürgerlichen Gerede noch immer gilt. Ist es denn nicht die Not, welche immer mehr Frauen, Mädchen und Mütter, in die Fronburgen des Kapitalismus treibt. Sie ist es, die bewirkt, daß auch die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter und der Kinder einen immer größeren Umfang annimmt. 1907 wurden in Deutschland 449236 Jugendliche unter 16 Jahren gewerblich beschäftigt, darunter

waren 13054 Kinder unter 14 Jahren, und zwar 7295 Knaben und 5759 Mädchen. Diese Zahlen weisen auch darauf hin, wie unzulänglich das bestehende Kinderschutzgesetz ist. Die aufgezeigte Entwicklung wird den Gewerkschaften ein Ansporn zu vermehrter Aufklärungsarbeit unter dem weiblichen Proletariat sein, um die weiblichen Mitglieder innerhalb der Organisationen zu regerer Tätigkeit heranzuziehen. Ebenso muß sie alle, denen die Zukunft der Arbeiterklasse am Herzen liegt, aneifern, der Jugendorganisation eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Einen Streik ums Leben, der mit einem Erfolg der Arbeiterschaft endete, führten die Bergleute der Grube „Saar und Mosel“ (Lothringen). Durch die Katastrophe in Raddob gewarnt, traten sie an die Direktion mit der Forderung heran, der mangelhaften Betriebssicherheit abzuwehren. Besonders wiesen sie auf die schweren Gefahren hin, die sich aus den in der Grube lagernden Stickgasen und den Holzbränden ergeben. Die Direktion antwortete ihnen, daß alles in schönster Ordnung sei. Daraufhin traten 1500 Mann in den Ausstand, etwa 1300 führten weiter ein. Einigen Beamten und Arbeitswilligen, die beweisen wollten, daß die „schönste Ordnung“ tatsächlich vorhanden sei, wäre ihr Eifer für die Grubenbarone beinahe zum Verhängnis geworden. Sie mußten betäubt aus der Grube geholt werden. Nachdem so die Berechtigung der Forderungen bewiesen war, die die Streikenden gestellt hatten, sah sich die Verwaltung zum Nachgeben gezwungen. Der Streik mit seinem Drum und Dran hat wieder einmal klärllich erwiesen, daß das dividendenschluckende Kapital keine Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Proletarier kennt, so daß ihm auch die selbstverständlichen Forderungen abgetrotzt werden müssen.

Berechtigtes Aufsehen hat ein Urteil des Berliner Schwurgerichts erregt gegen den Arbeitsvermittler und Sprechmeister der Bäckerinnung, Vogel. Über Vogel kursierten in den Kreisen der Bäcker sonderbare Gerüchte. Man sagte ihm nach, daß er sein Amt als Arbeitsvermittler nicht ehrlich und unparteiisch verwalte, sondern nach Gunst und Gabe Arbeitssuchende einstelle. Daß er die Gelben den Verbandsmitgliedern bei dem Vergeben der Arbeit vorziehe, wurde ebenfalls behauptet. Der Vorsitzende der Berliner Zahlstelle des Bäckerverbandes — Schneider — brachte im Verbandsorgan diese Gerüchte zur Sprache. Die Folge war eine Beleidigungssklage Vogels, der bei der Verhandlung beschwor, daß er niemals Schmiergelder genommen habe. Daraufhin erstattete Schneider gegen Vogel Anzeige wegen Meineids. Der Staatsanwalt befand sich ziemlich lange, bevor er wenigstens eine Anklage wegen fahrlässigen Falscheides erhob und Vogel vor die Strafkammer lud. Diese erklärte nach kurzer Verhandlung den Angeklagten des wissentlichen Meineides für bringend verdächtig und verwies die Sache an das Schwurgericht. Dort wurde Vogel freigesprochen, obwohl mehrere Zeugen unter Eid ausfragten, daß sie ihm Geld gegeben hätten, um Arbeit zu bekommen. Es ist doch etwas Wunderfames um die Entscheidungen der blinden Göttin Justitia! #

Christliche Arbeiterinnenvereine. Auf dem Gebiet der Arbeiterinnenorganisation machen die bürgerlichen Kreise große Anstrengungen, um der klassenbewußten Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Besonders die katholischen Arbeiterinnenvereine entfalten eine rege Agitation, um Mitglieder zu gewinnen und die Arbeiterinnen katholischer Konfession an sich zu fesseln. „Die Arbeiterin“, das Organ dieser Vereine, empfiehlt eine systematische Hausagitation, die im Anschluß an vorhergegangene Versammlungen stattfinden soll. Sie hebt auch den Wert hervor, den das Vertrauenspersonensystem für die Agitations- und Organisationsarbeit unter den erwerbstätigen Frauen hat. Als Vorbild wird der Textilarbeiterverband herangezogen, der durch die Hausagitation neue Mitglieder, darunter oft die Hälfte Arbeiterinnen, gewinnt. Das Blatt spricht es offen aus, daß 25 000 christliche Gewerkschaftlerinnen kein befriedigendes Resultat sei im Hinblick auf die 120 000 weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Verbände. „Worin liegt das Geheimnis dieser Erfolge?“ fragt es weiterhin. Die Antwort spendet der Agitation für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen eine Anerkennung, die aus dem Munde eines Gegners immerhin bemerkenswert ist. Es heißt in dem Artikel: „Die Bewegung für die Organisation der weiblichen Erwerbstätigen ist dort allgemeiner wie bei uns. In der Versammlungsagitation, in der Heranziehung von Referentinnen ist geradezu Erstauflägliches geleistet worden. Daß von der „Generalkommission der Gewerkschaften“ eingerichtete Arbeiterinnensekretariate hat 1907 weit über 200 Versammlungen mit Referentinnen versorgt.“ Und weiter heißt es: „Darum ist nicht zu unterschätzen der große Einfluß der „Gleichheit“. Ohne die Mitwirkung der „Gleichheit“ wären die Erfolge der sozialistischen

Gewerkschaften auf dem Gebiet der Arbeiterinnenorganisation kaum denkbar, wie überhaupt die politisch-sozialistische Frauenbewegung die denkbar weitestgehende Vorarbeit für die gewerkschaftliche Frauenbewegung leistet. Es gibt keine politisch aufgeklärte Genossin, geschweige denn eine sozialistische Agitatorin, die nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit, bei jeder politischen Agitation für die Gewerkschaften Propaganda macht und sich ganz besonders bemüht, ihnen die Arbeiterinnen zuzuführen und die Arbeiterfrauen über ihre Bedeutung aufzuklären.“

Den Genossinnen werden diese Ausführungen ein Ansporn sein, in der bisherigen Weise, aber mit erhöhtem Eifer weiter für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu wirken. Rasten heiße ruhen. E. U.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die Steuerkommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat die von der Regierung vorgeschlagene sogenannte Gesellschaftssteuer verworfen. Da ihre Entscheidung als maßgebend für das Plenum gilt, so scheint die Gefahr eines bösen Steueranahmengesetzes gegen die Konsumvereine in Preußen vorderhand beseitigt. Öffentlich treten nicht noch irgendwelche „Rückschlüge“ ein. Die preussischen Konsumvereine hatten bereits einen energischen Kampf gegen das ihnen zuge dachte Steuerunrecht organisiert. Vielerorts wurden Protestversammlungen abgehalten, und auch die Genossenschaftspresse hat tüchtig vom Leder gezogen. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine aber hat Gutachten von zwei bekannten Gelehrten ausarbeiten lassen. Beide, die Herren Professoren Dr. Ortman-Erlangen und Dr. Rehm-Strasburg, kommen nach eingehenden Untersuchungen zu unbedingter und entschiedener Verwerfung der geplanten preussischen Sonderbesteuerung der Konsumvereine. Wir könnten uns mit der Konstatierung dieser Tatsache begnügen, wenn Herr Dr. Ortman seinem Gutachten nicht einen recht eigentümlichen Schluß gegeben hätte, wie der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ zu entnehmen ist, die beide Gutachten abdruckt. Dieser Schluß lautet:

„Und davon ganz abgesehen: auch wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, der Sozialdemokratie als Gegner gegenübersteht und die verheerende Art aufs bitterste empfindet, mit der ein Teil ihrer Presse alle ehrlich gemeinten Versuche sozialen Fortschrittes ständig herabwürdigt — auch er müßte es verschmähen, die deutsche Arbeiterschaft für die Sünden einer Partei gewissermaßen zu bestrafen. Wir sollten vielmehr freudig alle Bestrebungen begrüßen, die es dem Arbeiter ermöglichen, auf dem Boden der herrschenden Gesellschaftsordnung zu gedeihen, und die daher auf die Dauer seinen Gegenwartsinn, seine Abkehr von utopistischen Phantomen fördern müssen. Gerade der preussische Landtag, den der Radikalismus als Klassenparlament zu schmähen pflegt, sollte in unserer Frage ein leuchtendes Vorbild sozialer Unparteilichkeit geben; er sollte getreu bleiben dem Wahlspruch des Herrschers uneres Staates: *Suum cuique!*“

Diese völlig unangebrachte parteipolitische Exkursion mindert den Wert des Gutachtens herab. Der Herr Professor greift zu einem sehr unlauteren Mittel, wenn er den verfolgten Zweck damit zu erreichen sucht, daß er die guten Konsumvereine gegen die böse Sozialdemokratie ausspielt. Es war nicht seine Sache als Gutachter, sich über die Sozialdemokratie zu äußern. Den Konsumvereinen, die in Deutschland zu einem sehr guten Teil aus Sozialdemokraten bestehen, von solchen gegründet wurden, geleitet, und zwar gut geleitet werden, dürfte der Herr Professor mit diesem dummen Gerede einen schlechten Dienst erwiesen haben. Und es wäre wohl besser gewesen, wenn der Zentralverbandsvorstand diesen Schluß gestrichen hätte. Sehr vorteilhaft sticht von Dr. Ortmanns geschmacklosem Ausfall das peinlich sachliche Gutachten Professor Rehms ab.

Ende November hatte sich der braunschweigische Landtag mit einer Eingabe des Schuhvereins für Handel und Gewerbe zu beschäftigen, in der verlangt wurde, den Beamten die Teilnahme an Konsumvereinen zu untersagen, den Lehrern und Geistlichen die Teilnahme an Raiffeisenvereinen zu verbieten und die Steuerschraube gegen die Konsumvereine gehörig anzuziehen. Die Mittelständler hatten jedoch mit ihrer Eingabe kein Glück. Der Landtag wies alle diese rückständigen Wünsche zurück.

Die vier Dresdener Konsumvereine zählten nach den vor kurzem erschienenen Geschäftsberichten am 30. Juni 1908 insgesamt 44 053 Mitglieder, 1393 mehr als im Vorjahr. Der Gesamtumsatz war mit 14 012 343 Mk. um circa 1 1/2 Millionen Mark gestiegen. Die Vereine beschäftigen 718 Personen (darunter 470 weibliche), an die 751 342 Mk. Lohn und Gehalt gezahlt wurden. Die

Mitglieder erhielten 1145975 Mk. Rückvergütung, die in den Wochen vor Weihnachten ausbezahlt worden ist. Der größte Dresdener Verein, der „Vorwärts“, hat 26304 Mitglieder, die anderen drei sind ungefähr gleich groß; zwei haben eigene große moderne Bäckereien. Von den 87 Verkaufsstellen liegen 23 außer dem Stadtgebiet.

Recht sonderbare Aufgaben stellt sich nach der „Konjunktionsgesellschaftlichen Mundschau“ ein Konsumverein des Frankenwaldes. Er hat seinem Statut von 1890 im Jahre 1904 folgenden Nachtrag beigefügt:

„Zusatz zu § 5: Ausgeschlossen wird aus dem Vereine, wer sich gegen Religion oder Sittlichkeit in grober, ärgerniserregender Weise vergeht, — wer öffentlich über den Verein schimpft —, wer gegen den Willen der Eltern vom Familienverbande sich löstrennen den Kindern Herberge und Unterschlupf gewährt, — wer seinen unverheirateten Töchtern den Wirtschaftsbefuch ohne elterliche Aufsicht gestattet und speziell auf dem Heimwege sie nicht begleitet (siebenmaliges Betreten der Töchter gilt auch als „Gestatten“ der Eltern). Vorstand und Aufsichtsrat haben in gemeinsamer Sitzung, zu welcher das betreffende Mitglied vorzuladen ist, den Tatbestand zu prüfen und gegebenen Falles den Ausschluß zuzustellen. Zu dieser Sitzung ist auch der Anzeiger zum Erscheinen gezwungen, und jedes Mitglied ist bei Strafe des Ausschlusses aus dem Vereine verpflichtet, jeden Fall, von dem es sichere Kenntnis erhält, zur Kenntnis der Vorstandschaft oder des Aufsichtsrates zu bringen.“

Wir möchten wissen, ob diese ungesetzliche verpfaßte Bestimmung die Genehmigung des Gerichts gefunden hat. In den Domänen des Zentrums ist so etwas schon möglich.

In Budapest konstituierte sich vor einigen Wochen eine Arbeiterkonsum- und Produktivgenossenschaft mit beschränkter Haftung, welche den Zweck hat, in Budapest und Umgebung Arbeiterspeisehäuser zu errichten. Es werden deren vorläufig zwei ins Leben gerufen, in welchen die Mitglieder gute und billige Verköstigung erhalten. Die Genossenschaft will den Wucher der Wirtschaftshäuser und Auslöcherieien bekämpfen, da ein großer Teil der Arbeiterschaft keinen eigenen Haushalt führt. Auch beschäftigt sich die Genossenschaft mit dem Export ungarischer Landesprodukte an ausländische Konsumvereine und genossenschaftliche Einkaufszentralen.

Im Oktober ist die Konstituierung eines ungarischen Genossenschaftsbundes erfolgt, der bezweckt, die gemeinsamen Interessen aller Genossenschaften in der Gesetzgebung, Rechtsprechung und im öffentlichen Leben wirksam zu vertreten und Angriffe auf die Genossenschaftsbewegung abzuwehren. Dem Bunde haben sich verschiedene Genossenschaftsverbände sowie jene Einzelgenossenschaften angeschlossen, die ihre Tätigkeit über größere Landgebiete erstrecken.

Ein erster nationaler Kongreß der spanischen Genossenschaften hat im September in Saragozza stattgefunden. 119 Genossenschaften ließen sich auf ihm vertreten. Zweck der Tagung war die Vorbereitung einer einheitlichen spanischen Genossenschaftsorganisation. Der Kongreß beschloß, binnen kurzem einen nationalen Genossenschaftstag abzuhalten. H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Das Weihnachtsfest und die Dienstmädchen. Das Fest der Liebe und der Erwartung steht vor der Tür. Ist der Wochenlohn des Familienvaters, das Wirtschaftsgeld der Hausmutter auch noch so gering, schon lange sorgten beide vor, um ihren Lieben eine Weihnachtsfreude, eine kleine Überraschung, ein paar Festtage im traulichen Familienkreis zu sichern. Eine Dase in dem harten, kampf- und entbehrungsreichen Alltagsleben der arbeitenden Massen! Wie aber feiern die dem Familientisch „gottlob!“ erwachsenen Töchter ihre Weihnacht, die im Dienste Fremder stehen? So fragt wohl manches Mutterherz; traurig, nichts mehr für diese ihre Lieben tun zu können, und doch froh, daß sie gesund und imstande sind, endlich ihren Unterhalt selbst zu verdienen. Was bedeutet „die Weihnacht“, dieses so tief im deutschen Volke eingewurzelte Familienfest für die Dienstmädchen? Sehen wir zu.

Nehmen wir an, ein Mädchen diene in einem geregelter Haushalte, bei einer humanen, gut situierten Herrschaft und wäre gern gelitten. Alter Sitte gemäß wird im festlich geschmückten Weihnachtsgemach „beschenkt“, in welchem das Mädchen sich als Aschenbrödel und Fremde fühlen muß, da sonst nur die Küche sein „Reich“ ist. Die Herrschaft „beschenkt“ es, das heißt sie gibt ihm eventuell ohne Abzug in Gestalt eines Weihnachtspräzents das, was sie als Teil des Jahreslohnes im Haushaltbudget bereits bei den notwendigen Aufwendungen für

ein Dienstmädchen angerechnet hat, das gehalten werden muß, um das Leben bequem und behaglich zu gestalten. Also Dankbarkeit voraussetzende Geschenke anstatt des verdienten, larg bemessenen Lohnes! Ordnungsgemäß hat das Mädchen untertänigst dankbar zu sein für das Wohlwollen, das ihm durch die Geschenke erwiesen wurde. In heller Freude hat es dafür den gesteigerten Ansprüchen zu genügen, die die Festtage mit ihrem Familien- und Freundesbesuch usw. mit sich bringen, nicht zu reden von den Vorarbeiten zur Weihnacht, dem vermehrten Waschen, Scheuern, Putzen, Baden und anderem mehr. Ein recht es Dienstmädchen darf nicht müde und unlustig oder gar unfreundlich werden. Solche Anwandlungen der „Schwäche“ sind ein Privilegium der Herrschaft.

Wie aber, wenn das Mädchen, das wir im Auge hatten, selbständig denken lernte und seines Wertes und seiner Würde bewußt sich einfallen ließe, auf die Geschenke zu verzichten, um statt ihrer eine entsprechende Lohnaufbesserung zu verlangen? Mit einem Schlage würde sich für mindestens 90 von 100 Herrschaften das „tüchtige, angenehme“ Mädchen in eine „unverschämte und undankbare Person“ verwandeln, wie uns dies ein Fall in Hamburg gezeigt hat. Allerdings: nachdem die betreffende Herrschaft über die „unerhörte Begebenheit“ genügend nachgedacht hatte, wurden dem Mädchen die verlangten 10 Taler Gehaltsaufbesserung gewährt, ja mehr noch, es wurde mit der Bitte, doch zu bleiben, zur Annahme der Geschenke veranlaßt, die „es als verdienten Lohn betrachten solle“. Möge das mutvolle Vorgehen recht viele Nachahmung seitens aller tüchtigen, selbstbewußten und pflichttreuen Dienstmädchen finden. Dann wird gar manche Herrschaft zur Einsicht erzogen werden, der es heute noch beträchtlich an solcher fehlt.

Betrachten wir, wie sich leider die Herrschaften durchschnittlich ihren Dienstmädchen gegenüber verhalten, je näher das „liebe Weihnachtsfest“ heranrückt. Bis dahin war das Dienstverhältnis ein leidliches; doch nun entdeckt die Dame täglich, ja stündlich neue Fehler und Untauglichkeiten ihres Mädchens, ja sie kommt sogar dahinter, daß dieses „boßhaft“, „niederträchtig“, „unlustig zur Arbeit“ wird. Wunderbar, daß diese Offenbarungen gerade in die Zeit fallen, wo das Mädchen das größte Interesse daran hat, die fauer verdiente Weihnachtsgratifikation nicht durch sein Verhalten zu verscherzen. „Das ist nicht mehr zu ertragen!“ ruft eines Tages die Gnädige aus, nachdem sie wieder eine „Schlamperlei“ oder „Niedertracht“ „dieser Person“ festgestellt hat. Dem Mädchen wird gekündigt. Entweder wird eine Nachfolgerin engagiert, die kurz vor dem Feste auf wertvolle Geschenke keinen Anspruch machen kann, oder, was öfter eintritt, die Weihnacht wird ihrem intimen Charakter gemäß im engsten Familienkreis „ohne fremde Personen“ gefeiert. Die Aufwartefrau, die für ein Billiges nur für einige Tagesstunden beschäftigt wird, rechnet ja nicht mit. „Nach dem Fest gibt es genug Mädchen!“

Was wir da schilderten, ist kein vereinzelter Fall. Uns sind Familien bekannt, die es alljährlich so machen, auf gut deutsch: die auf diese Weise die Abhängigen um einen Teil ihres bißchen Verdienstes pressen. Einem gewissenhaft geleiteten Stellennachweis enthält das Leben wieder und wieder Bilder des gekennzeichneten Verhaltens, die jeden Mitfühlenden empören müssen. In Scharen suchen jetzt die Dienstmädchen, die sonst das ganze Jahr hindurch rar sind, die Arbeitsnachweise auf. Zwar übt heuer die wirtschaftliche Krise ihren Einfluß auch auf die Verhältnisse der Dienenden aus. Sie macht die Zahl der Mädchen steigen, die sich dem häuslichen Dienst zuwenden. Jedoch ist die große Zahl der Mädchen, die um die Weihnachtszeit stellenlos werden, eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung, die in den Stellennachweisen wohl bekannt ist, ebenso wie ihre Ursachen. Der Barbarei, daß kurz vor dem „Feste der Liebe“ Mädchen vor die Türe der guten, christlichen Familien gekickt werden, können die Dienenden nur erfolgreich begegnen durch festen Zusammenschluß in ihrer freien Gewerkschaft, deren Forderung in der Parole gipfelt: Gleichstellung der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeiterinnen und daher Unterstellung der Dienenden unter die Gewerbeordnung. Ist diese Forderung erfüllt, so ist auch eine Entlohnung der Mädchen gesichert, welche es ausschließt, daß diese einen Teil der Vergütung für ihre Leistungen als gnädig gewährtes Geschenk erhalten, und daß schäbige Herrschaften sich um ihre Verpflichtung herumdrücken, häusliche Arbeit nach Verdienst zu bezahlen. In der Organisation, die den Mädchen als gleichberechtigten Gliedern eine Stätte bereitet, in der sie sich heimisch fühlen, können sie Weihnacht als Fest der Freude feiern.

Helene Brandenburg-Hamburg.
Einen Dienstbotenverein in Kiel zu gründen, ist nach langem Bemühen endlich gelungen. Eine Dienstboten-Versammlung, die am

6. September im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand, leitete die Agitation dafür ein. Durch Flugblätter waren die Mädchen zum Erscheinen aufgefordert worden. Würde der große Saal wohl gefüllt werden, das war das Bedenken, das wieder und wieder laut wurde. Aber siehe da! Trotz des schlechten Wetters — es war ein echter und rechter norddeutscher nebliger, regnerischer Sonntagnachmittag — kamen die Eingeladenen von allen Seiten, so daß der große Raum bald besetzt war. Genossin Fiech referierte über das Thema: „Die Not der Dienstboten und ihre Abhilfe.“ Das Referat war außerordentlich fesselnd; von den Gesichtern der Dienenden, unter denen manche war, die nie einer Versammlung beigewohnt hatte, konnte man ablesen, wie sehr ihnen die Rednerin aus dem Herzen sprach. Nahezu hundert Frauen und Mädchen erklärten sich in der Versammlung bereit, dem Verein beizutreten. Drei Wochen später, am Sonntag den 27. September, fand eine zweite Versammlung statt, in welcher Genossin Boffe-Bremen über das Thema sprach: „Brauchen wir einen Dienstbotenverein?“ Auch diese Versammlung war über Erwarten gut besucht. Genossin Boffe verstand es vorzüglich, den anwesenden Mädchen ihre schlechte Lage vor Augen zu führen und ihnen die Notwendigkeit ihres Zusammenschlusses in einem Verein zu erläutern. Wieder erklärten eine Anzahl Frauen und Mädchen, sich organisieren zu wollen. In dieser Versammlung wurde die Gründung des Vereins definitiv beschlossen. In der ersten Vereinsversammlung am 8. Oktober erfolgte die Konstituierung. Die Organisation nennt sich: Verein weiblicher Hausangestellter für Kiel und Umgegend. Der Eintritt ist jedem schulentwachsenen Mädchen gegen ein Eintrittsgeld von 20 Pf. und einem monatlichen Beitrag von 30 Pf. gestattet. Die Mitglieder erhalten die „Gleichheit“ unentgeltlich zugestellt, auch wird ihnen Rechtsschutz gewährt. Was die Dienstbotenorganisation bezweckt, ist in diesem Blatte oft genug auseinandergesetzt worden. Das nächste Bestreben des Vereins geht dahin, einen unentgeltlichen Stellennachweis zu errichten. Ein Dienstvertrag ist nach dem Muster des Hamburger Vertrages ausgearbeitet und von der zweiten Mitgliederversammlung angenommen worden, die am 5. November stattfand und in der ein Vortrag über die Gesindeordnung gehalten wurde. Der Referent, Genosse Arbeitersekretär Niendorf, wies an der Hand der Gesetze nach, wie rechtlos die Dienstboten gegenüber den Herrschaften sind. Am 29. November fand wieder eine Mitgliederversammlung statt, in welcher der Arbeitersekretär Genosse Gresh das Thema erörterte: „Wie Dienstboten behandelt werden.“ Aus dem außerordentlich reichen Material, das er in seiner Praxis als Arbeitersekretär gesammelt hat, reichte er Beispiel an Beispiel von gemeiner, schimpflicher Handlungsweise, die Dienstmädchen von ihren Dienstherrschaften widerfuhr. Auch in dieser Versammlung merkte man an Äußerungen der Dienenden und am Beifall, daß es nur der Anregung bedarf, um diese Kategorie hart Ausgebeuteter für ihre Lage zu interessieren. So ist der Anfang einer Dienstbotenbewegung in Kiel unter Mitwirkung des Gewerkschaftsartikels gemacht worden. Mancher Mühe und Arbeit wird es noch bedürfen, um den Mitgliedern die Erkenntnis von der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation fest einzupflanzen und noch indifferente Mädchen zu erwecken und zu organisieren. Mit der Zeit wird auch der Kieler Dienstbotenverein befähigt werden, durch Kampf Vorteile für seine Mitglieder zu erringen.

Frau Th. Niendorf.

Gründung einer Dienstbotenorganisation in Braunschweig.

Wie in anderen großen Städten machte sich auch in Braunschweig das Bedürfnis fühlbar, einen Verein für die Dienenden und häuslichen Tagearbeiterinnen ins Leben zu rufen. Am Bußtag den 18. November fand eine Versammlung statt, in welcher die Konstituierung erfolgte. Genossin Boffe-Bremen sprach über die Lage der Dienstboten und schilderte das Elend und die Schikanen, denen diese recht häufig preisgegeben sind. Besonders eingehend beschäftigte sie sich mit der langen Arbeitszeit, die nicht selten von früh 6 Uhr an bis spät in die Nacht hinein dauert. Auch die schlechte Ernährung der Mädchen hob die Referentin scharf hervor. Für ein Dienstmädchen sei alles gut genug, so meinen viele Herrschaften. Der packende Vortrag endete mit der Aufforderung an die anwesenden Mädchen und Ausgeheerinnen, der zu gründenden Organisation beizutreten, um vereint bessere Zustände zu erreichen. In der Diskussion teilten mehrere Frauen und Mädchen in schlichten Worten die Erlebnisse und Erfahrungen mit, welche sie im Dienst gemacht hatten. Sodann erfolgte die Gründung des Vereins, dessen Statuten verlesen und genehmigt wurden. Als erste Vorsitzende wurde Fräulein Hahn, als Kassiererin Frau Geißler gewählt. Die Bemühungen von Genossinnen, Aufnahmen in die Organisation zu erzielen, blieben nicht vergeblich; 127 Frauen und Mädchen

traten ihr bei. Für den Anfang ein schöner Erfolg, den fleißige Agitation vergrößern wird. Der Verein hat eine unentgeltliche Stellenvermittlung eingerichtet und liefert seinen Mitgliedern die „Gleichheit“ obligatorisch. Die Versammlung, welche von 800 bis 900 Frauen und Mädchen, sowie auch von Genossen besucht war, wurde mit einem Hoch auf den Verein geschlossen.

Luisa Biermann.

Von der Münchener Dienstbotenbewegung. Am Sonntag den 6. Dezember tagte eine gutbesuchte Dienstbotenversammlung in der „Goldenen Rose“. Genossin Grünberg sprach über „Dienstbotenprobleme“. Der Dienstbotenberuf, der einer der ältesten Frauenberufe ist, so führte die Referentin aus, habe im Laufe der Jahrhunderte viele Wandlungen durchgemacht. Auf die Sklavin folgte die Magd, die der Gesindeordnung untersteht. Heute sehen wir das Bestreben der Dienstmädchen, freie Hausgehilfsinnen zu werden, die, wie auch die übrigen Arbeiterinnen, der Gewerbeordnung unterstellt sind. Der Entwicklungsgang der Hauswirtschaft zeigt, daß hier Chemie und Technik ebenfalls siegreich Einzug gehalten haben. Ein Blick auf Konservenfabriken, Waschanstalten, Zentralheizungen usw. usw. belehrt selbst rückständige, daß die Umwälzung schon weit vorgeschritten ist. In Australien sind die Dienstmädchen den Arbeiterinnen gleichgestellt, sie haben hohe Löhne und den Achtstundentag. In Deutschland ist die Lage der Dienenden noch höchst verbesserungsbedürftig. Fast schrankenlos sind diese der Willkür und dem Unverständnis der Hausfrauen, den Herrschaften ausgeliefert. Einer der mißlichsten Zustände ist es mit, daß gewissenlose Herrschaften aus Neugierde und Schadenfreude Dienstbotenbücher und Sachen der Mädchen zurückhalten, und keine Instanz hat das Recht, die Herrschaften zu zwingen, die Sachen sofort herauszugeben, es muß erst der umständliche Klageweg vor dem Amtsgericht beschritten werden. Dieses Übel muß bekämpft werden. Die Referentin schlug am Schluß ihres Vortrags folgende Resolution vor, die einstimmig Annahme fand: „Die am Sonntag den 6. Dezember in der „Goldenen Rose“ tagende Dienstbotenversammlung beschließt, an den bayerischen Landtag eine Petition zu richten, in welcher der Mißbrauch mit dem Zurückhalten der Dienstbotenbücher und sonstigen Effekten der Dienstboten dargelegt und gefehliger Schutz gegen diese Übergriffe der Dienstherrschaften gefordert wird.“ Zum Punkt Weihnachtspräsentate ward darauf hingewiesen, daß diese einen Teil des Lohnes darstellen. Ein erhaltenes Präsent ist Eigentum des Mädchens und braucht nicht zurückgegeben zu werden, auch darf die Herrschaft es später nicht am Lohn aufrechnen. Das Bestreben der Mädchen müsse darauf gerichtet sein, höhere Löhne zu erhalten; sei das der Fall, so könnten die Geschenke fortfallen. Weiter wurde bekannt gegeben, daß am dritten Weihnachtsfeierabend im „Historischen Hof“ eine Weihnachtsfeier stattfindet und daß alle organisierten Dienstmädchen die Zentralbibliothek mitbenutzen können. +

Der Verein der Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen von Hamburg, Altona und Umgebung, Siz Hamburg, beruft hierdurch seine zweite Generalversammlung ein. Sie findet am Donnerstag den 14. Januar 1909 im oberen Saal des Gewerkschaftshauses abends 8 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Der Bericht des Vorstandes. 2. Der Bericht vom Arbeitsnachweis. 3. Die Wahl des Gesamtvorstandes. 4. Verschiedenes. Der Vorstand erwartet den zahlreichen Besuch der Generalversammlung. Der Vorstand. J. A.: Luise Kähler.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die Lage der Münchener Arbeiterinnen in der Uniformbranche ist eine ungemein traurige. Besonders sind es die Lohnverhältnisse bei der Firma Weil & Co., die die schärfste Kritik herausfordern. Die Firma ist Armeelieferantin und wäre somit doppelt verpflichtet, ihre Arbeiterinnen anständig zu entlohnen, denn sie hat in der Folge einen sicheren und lohnenden Absatz und wird im letzten Grunde mit den Steuergroschen des arbeitenden Volkes bezahlt. Nachdem wiederholte Vorstellungen der Münchener Ortsverwaltung des Schneiderverbandes bei der Geschäftsleitung und eine öffentliche Brandmarlung in der „Münchener Post“ die Firma nicht veranlaßt hatten, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, brachte der Landtagsabgeordnete Genosse Timm diese bei der Beratung des Militäretats zur Sprache. Der Regierungskommissar entgegnete darauf, daß von amtlicher Seite bereits Einblick in die Lohnbücher der Firma Weil genommen worden sei. Im April hätten die Arbeiterinnen pro Woche 21,40 Mk. bis herab zu 14 Mk. verdient. Ein junges Lehrlingmädchen allein hätte nur 12 Mk. erhalten. Die männlichen Schneider bekämen einen Taglohn von 3,75 bis 5 Mk. Die mitgeteilten Löhne würden bei 9 1/2 stündiger

Arbeitszeit erzielt. Die Löhne der Firma Weil seien somit den ortsüblichen nicht nur gleich, sondern sie überträfen sie noch. Die Melodie, welche der Regierungsvertreter sang, klang leidlich, aber sie war falsch. Feststellungen der Ortsverwaltung des Schneiderverbandes, denen Auszüge aus den Lohnbüchern der Arbeiterinnen zugrunde liegen, haben das Folgende ergeben: Es verdienen in den Monaten Juni und Juli die Futternäherinnen pro Woche 6,75 Mark, 7,88 Mk., 9,24 Mk., 10,44 Mk., 11,16 Mk. und 11,68 Mk. Die Tailennäherinnen erzielten einen Wochenlohn von 7,52 Mark, 9,66 Mk., 12,46 Mk. bis zum Höchstlohn von 14,94 Mk. Die Rockstaffiererinnen brachten es auf 7,15 bis 11,05 Mk. Ebenso knapp verdiente eine Arbeiterin, die mit dem Zusammensehen der Räder beschäftigt war. Unrichtig ist auch, daß der Verdienst in 9½ Stunden erreicht wird, da nach Schluß der Betriebszeit das Nachhausnehmen der Arbeit eine große Rolle spielt. Die mitgeteilten Tatsachen beleuchten hell die Ausbeutung der Frauenarbeit und werfen gleichzeitig auch ein eigentümliches Licht auf die Arbeiterfreundlichkeit der bayerischen Regierung. Die Lage läßt das Mäusen nicht, und die Regierung eines Klassenstaates hält es mit den besitzenden und herrschenden Klassen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter erfahren immer wieder aufs neue, daß sie sich für die Wahrung ihrer Interessen nur auf sich selbst verlassen dürfen und auf die Kraft ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Die Arbeiterinnen, die gewöhnlich am schwersten durch die kapitalistische Ausbeutung leiden, haben auch die größte Veranlassung, sich zusammenzuschließen, um vereint gegen die Ausbeutung zu kämpfen.

Verschiedenes.

Eine Heimarbeit Ausstellung in Berlin. In den Räumen des preussischen Ministeriums des Innern fand in den letzten Novembertagen eine Ausstellung von Arbeiten der litauischen Hausindustrie statt. Eigentlich ist mit diesen Worten schon charakterisiert, um was es sich handelt. Es ist die alte Geschichte: eine dem Untergang geweihte Industrie soll gerettet werden. Weniger um ihrer selbst willen im Grunde, als wegen der sozialen und politischen Zwecke, die man damit verfolgt. Der Landflucht, der Abwanderung nach Amerika will man dadurch entgegenwirken, daß man eine Industrie kapitalistisch entwickelt, die bisher fast ausschließlich bäuerliche Nebenbeschäftigung gewesen ist. Im Programm der Ausstellung hieß es: „Bisher sind die Litauer nicht gewohnt gewesen, die Produkte ihres Hausfleißes im Handel zu verwerten; jetzt soll ihnen die Gelegenheit dazu geboten werden.“ Man fängt bescheiden an, auf das Ziel loszusteuern. Eine literarische Gesellschaft in Lissit, die den Mittelpunkt der Bestrebungen zur Erhaltung der lettischen Volkstrachten, Mundart usw. bildet, hatte die Organisation der Ausstellung in die Hand genommen. Sie hatte die ausgestellten Web- und Strickarbeiten eigens bei den Arbeiterinnen bestellt und sie nach Vereinbarung bezahlt. Wie wenig die Litauerinnen aber gewohnt sind, ihre Arbeit nach dem Geldwert zu schätzen, geht aus dem Folgenden hervor: In der Ausstellung sagte mir eine „Musterweberin“, daß sie 10 Mk. für eine Decke bekomme, die das Produkt einer Tagesarbeit ist. Sie war sehr erstaunt, als ich mit ihr gemeinsam ausrechnete, daß ihr nach Abzug von 8 Mk. Materialkosten nur noch 2 Mk. Tagesverdienst bleiben. Leute, die dem modernen Wirtschaftsleben noch ganz fern stehen, die ihre eigenen Interessen in ihm nicht begreifen und zu schützen wissen, will man der modernen kapitalistischen Hausindustrie zuführen. Wir kennen die Misere des Nichtlebens- und Nichtsterbenskönnens, die die kapitalistische Heimarbeit über eine Bevölkerungsschicht bringt. Auch die über der Ausstellung schwebenden Geheimräte sollten wissen, daß der verfolgte Zweck, einen bäuerlichen Nebenerwerb in eine für den Markt arbeitende Industrie zu verwandeln, nur mit Hilfe des Kapitalismus erreicht werden kann und nicht durch Basare, Konzerte und Flirts. Ich mußte mich fragen, welche sonderbare Regierung es ist, die neue Hausindustrien in dem Augenblick züchten will, in dem alle, die die Existenzbedingungen der Heimarbeiter kennen, auf Mittel finden, diese Betriebsform aus der Welt zu schaffen. Um von den ausgestellten Gegenständen ein Wort zu sagen: sie waren geschmackvoll und tüchtig gearbeitet und wären in einem Museum für Volkskunde oder Kunstgewerbe ganz am Platze. Arbeiten dieser Art sollten in der Schule gepflegt werden, sie würden Geschicklichkeit und Geschmacksentwicklung helfen. Freilich: eine Wiederbelebung der Handweberei wird niemand erwarten und wünschen, der die Produktionsverhältnisse, das Wirtschaftsleben unserer Zeit mit geschultem Sinn überblickt. Für die Kenntnis des litauischen Wirtschaftslebens war die Bedeutung der Ausstellung gleich Null, da man jede Angabe über

Verhältnis von Arbeitszeit und Lohn vermieden hatte. Als offizieller Veranstalter der Ausstellung galt der Verein für Frauenberwerb „Erda“, der „rühmlichst“ bekannt ist durch seine Organisation jener „verschämten“ Arbeiterinnen, die aus Offiziers-, Beamtenkreisen usw. stammen und sich als „Damen“ hoch erhaben über die „gewöhnlichen“ Arbeiterinnen dünken, denen sie eine gefährdete Schmutzkonkurrenz machen. Auch diese Tatsache ist bezeichnend für den Geist, aus dem heraus die Ausstellung organisiert worden war, ein untaugliches Mittel zu einem untauglichen Zweck. r. r.

Frauenbewegung.

Die „radikale“ Frauenrechtelei schwankt angesichts der politischen Situation und der Strömungen in der bürgerlichen Frauenbewegung zwischen Trauer und Hoffnung, wie das Wetter im April zwischen Hagelschauern und Sonnenschein. Die Breslauer Generalversammlung des „Bundes deutscher Frauenvereine“ hat — um mit Fräulein Lüders zu reden — einen „deprimierenden und anerkennenden“ Eindruck bei den „Radikalen“ hinterlassen. Diese haben sich in Breslau an die Wand gedrückt gefühlt, daß sie quietesten. Ihre Versuche, durch eine Neuorganisation des „Bundes“ mehr Einfluß auf Wesen und Betätigung der bürgerlichen Frauenbewegung zu erlangen, sind zurückgeschlagen worden. Der Anschluß der „Evangelischen Schwestern“ an den Bund, die sich durch Nachzahlung der Bundesbeiträge für die abgelaufene Geschäftsperiode das Recht der Abstimmung — 48 Stimmen! — erkaufte hatten, stärkte den Flügel der Gemäßigten. Je mehr sich die von den Radikalen ersehnte „eine unteilbare, neutrale Frauenbewegung“ zusammenfindet, um so klarer erweist sich, daß die Konzentration der bürgerlichen Frauen reaktionär nach rechts und nicht nach links zu erfolgt. Es ist das die Parallelererscheinung zu der Entwicklung des bürgerlichen Liberalismus. Sie kann nur ein verständnisloses Schütteln solcher Köpfe erregen, die dank ihrer inneren Leere gern zwischen rechts und links hin und her wackeln. Jedemoch: auch am frischen Grabe pflanzen die radikalen Frauenrechtlerinnen die Fahne der Hoffnung auf. Fräulein Wischniewska, die, dem deutschen Weißbierphilister gleich, nie die Schwäche des bürgerlichen Liberalismus und seine Entwicklung nach rechts erblickt, sondern immer nur die Stärke des „Klerikalismus“, hofft auf eine „Rettung aus der Versumpfung, die nur von den Radikalen kommen kann“. Aber freilich nur unter einer Bedingung: „daß die Sozialdemokratinnen durch ihren Eintritt in den Bund die freie Richtung in der Frauenbewegung stärken“. Wie rührend bescheiden und herablassend zugleich! Das kaum verhüllte Eingeständnis der eigenen Ohnmacht paart sich mit der gnädigen Erlaubnis, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung leisten darf, was die radikalen Damen selbst zu leisten außerstande sind. Sind wir nicht der gleichen kindlichen Illusion schon irgendwo begegnet? Gewiß, nur daß sie damals nicht im Reformkostüm durch die Straßen gaulerte, sondern im Männerrock, den steifen Hut auf dem Kopfe. Damals trat sie als Geschäftskreisender für die „grandiose Idee“ auf, die Sozialdemokratie mit ihren mehr als 8 Millionen Wählern sollte ihr Endziel einfargen und sich bescheiden hinter die Mannen der „unentwegten bürgerlichen Freijünglinge“ stellen. Daß Fräulein Wischniewska Erwartung, die Sozialdemokratinnen würden sich eines schönen Tages „dem Bund“ anschließen, so klug ist, wie das Harren darauf, daß ein starker Strom den Berg hinauflaufen werde, kümmert die Dame wenig. Sie hat einen triftigen Grund für ihre Hoffnung. „Die Sozialdemokratinnen müssen.“ Warum müssen sie? Geheimnis und Frauenrechtelei!

Neuerscheinungen sozialistischer Literatur.

Als Weihnachtsgeschenke seien dringend folgende Neuerscheinungen der sozialistischen Literatur empfohlen, die sämtlich in schöner Ausstattung vorliegen.

Aus dem Verlag J. G. W. Diez Nachf., Stuttgart:
Kautsky: Der Ursprung des Christentums. Brosch. 5 Mk., geb. 5,75 Mk.

Erdmann: Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland. Brosch. 9 Mk., geb. 10,50 Mk.

Preezang: Im Strom der Zeit (Gedichte). Kartoniert 1,50 Mk., in geschmackvollem Geschenkeinband 2 Mk.

Schulz: Die Mutter als Erzieherin. Verlag J. G. W. Diez Nachf., Stuttgart. Kartoniert 50 Pf., in geschmackvollem Geschenkeinband 75 Pf.

Das Büchlein sollte auch in der ärmsten Proletarierfamilie Heimatrecht haben.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.